

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 41.

Magdeburg, Sonntag den 17. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 16. Februar 1918.

Der italienische Feldzug.

Am 20. Februar wird der Kriegsberichterstatter der „Volksstimme“, Genosse Dr. Adolf R. S. F. in der Saale des Cafés Hohenzollern einen Lichtbilder-Vortrag

über den italienischen Feldzug halten. Die zahlreichen Briefe, die Köhler von allen Fronten des ungeheuren Krieges in diesem Blatte veröffentlicht, haben ihn dem Leser vertraut gemacht. Zeigten sie ihn doch nicht nur als Kriegs- und Schlachtenbildner, sondern vor allem auch als trefflicheren Beobachter menschlichen Schicksals. Seine oft dichterisch empfundenen Darstellungen ragten weit über den Durchschnitt der üblichen Kriegsberichterstattung hinaus.

Deshalb wird mancher unserer Freunde das Bedürfnis haben, den Genossen Dr. Köhler auch am Vortragspult kennenzulernen. Es sind uns nun für den einmaligen Vortrag eine größere Anzahl Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 80 Pfg. zur Verfügung gestellt. Die im Parteisekretariat, Große Münzstraße 3 II, ausgeben werden. Wir empfehlen den Genossen sich rechtzeitig in den Besitz dieser Karten zu setzen, da die Preise an der Abendkasse wesentlich höher sind.

Der Arbeiter-Bildungsausschuss.

Rohs und Kohlen.

Wir erhalten folgenden Bericht:

In der am 14. d. M. unter dem Vorsitz des Stadtrats Paul Kattgenen Sitzung der Rohstoffkommission wurde zunächst die Frage der Verwendung von Rohs aus dem städtischen Gaswerk durch die Haushaltungen erörtert. Die Anwesenden sprachen sich einstimmig gegen marktfreie Abgabe von Gasrohstoffen und gegen Abgabe in Höhe des Doppelten des Marktwertes aus, da diejenigen Mengen von Gasrohstoffen, welche für den Hausbrand verwendet werden, vom Reichsrohstoffkommissar angekauft werden, also die Bruttoliieferung entsprechend herabdrückt. Die Bürgerchaft soll darauf hingewiesen werden, daß das Gaswerk jederzeit Rohs auch in kleinen Mengen an jedermann auf Markten abgibt, soweit jedoch eine Nachfrage nach Rohs seitens der Haushaltungen nicht stattfindet, sei es vorzuziehen, daß der Rohs nach auswärts geht und dafür die entsprechenden Mengen Kohle herbeikommt. Für die Haushaltungen, die Gasrohstoffe verwenden wollen, sei es aber sehr wichtig, vorher festzustellen, ob ihre Defekte für Rohs geeignet sind. Leider sind durch ungenügende Verfeuerung an Rohs in der letzten Zeit namentlich auch an Kochlöchern schwere Schädigungen entstanden. Vorzicht ist also geboten.

Weiter beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage der Kohlenversorgung für das nächste Verjorgungsjahr vom 1. Mai 1918 bis 1919. Auch hier wurden die Vorschläge des Vorstehenden einstimmig angenommen, welche dahin gingen, daß zunächst jede Haushaltung im laufenden Jahre zum Bezug von 5 Zentnern Sommerkohlen und 30 Zentnern Winterkohlen berechtigt sei. Eine etwaige Mehrbelieferung der größeren Wohnungen soll erst dann erwogen werden, wenn die Belieferung aller Haushaltungen mit dem angegebenen Mindestquantum sichergestellt ist und die Verhältnisse der Anlieferung genau übersehen werden können. Nach dem gegenwärtig vom Reichsrohstoffkommissar festgesetzten Kontingent ist jedenfalls eine Erhöhung der 35 Zentner nicht möglich. Eine Ausnahme soll für Belieferung von Dauerwohnstätten in größeren Wohnungen mit Antbräut und Kohs zugewilligt werden, welche wie in diesem Jahre bis zu 45 Zentnern erhalten können.

Zum übrigen bleibt das Marktsystem bestehen, die Marken der Sommerkohlenart werden entweder mit der Grubefabrikate vereinigt, oder es wird eine besondere Marke ausgeben, während die Marken der Winterkohlenart für sich bleiben und nach dem bei andern Lebensmittel bewährten System in besondere Bezeichnungsmarken und Bezugsmarken zerlegt werden. Der freie Handel soll zunächst für die Belieferung beibehalten und die Frage der Beschaffung eines besonderen eisernen Bestandes späterer Beschaffung vorbehalten werden. Eine eingehende Statistik und jährliche Ueberwachung des Rohstoffvertriebs wird die geordnete Verjorgung sicherstellen. Der Magistrat erhält hierdurch die Unterlagen, um jederzeit mit geeigneten Maßnahmen einzugreifen, wenn sich Mängel herausstellen.

Der Ausschuss nahm sodann Kenntnis von den Verhandlungen, welche im Generalkommando bezüglich des Grubelohs festgestellt haben. Die Erhöhung der Kleinhandelspreise ist dadurch vermindert worden, daß sich die Kleinhandeler bei der von den Syndikaten zugesicherten stärkern Belieferung zu einer der Erhöhung des Grubelohses entsprechenden Absenkung ihres Verdienstausschlags bereit erklärt haben. Auf eine Anfrage bezüglich der Aufhebung der Sperrstunden für das Gaswerk wurde erwidert, daß der Gasverbrauch in den letzten Tagen erheblich größer gewesen sei, als selbst im Dezember, obwohl jetzt wesentlich mehr Grubelohs an die Haushaltungen verteilt wurde und obwohl die zunehmende Tageslänge und die höhere Temperatur den Bedarf an Gas vermindern müßte. Es wird dies darauf zurückgeführt, daß, wie auch die Messungen ergeben haben, ein erheblicher Teil der Hausfrauen leider die Kohlfeste wieder häufig beiseitegestellt hat. Jedenfalls kann eine Aufhebung der Sperrstunden des Gaswerks nur dann in Aussicht gestellt werden, wenn jedermann sich beim Verbrauch der allernötigsten Sparjamkeit befreitigt.

Zum Schluß wurde eine Eingabe der Pächter der Dampfer Strombrücke-Salzgabelle berlesen, welche die Bitte aussprechen, Kohlen für den Betrieb der Dampfer aus Hausbrandkontingent freizugeben. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Ärztlicher Sonntagsdienst.

Jeder Arzt bewacht auch am Sonntag Kunde. Wenn aber der gewöhnliche Arzt oder sein Vertreter nicht zu erreichen ist, so kann am morgigen Sonntag von 12 Uhr mittags bis 12 Uhr nachts folgende Ärzte zur Verfügung:

Altstadt bis Köhngstraße (ausgeschlossen): Gesundheitsamt Dr. Ehenberg, Gammelsdorfstraße 1, Telefon 3409.
Sudenburg: Gesundheitsamt Dr. Hilger, Halberstädter Straße Nr. 102, Telefon 4854.

Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken.

Am morgigen Sonntag sind den ganzen Tag geöffnet und haben in der darauffolgenden Woche Nachtdienst:

Köhen-Apothek, Alter Markt 22.
Köhen-Apothek, Bruner Weg 26 I.
Ehrens-Apothek, Köhngstraße 94b.
Adler-Apothek, Große Döberitzer Straße 217.
Kochstr.-Apothek, Köhngstraße 16.
Köhen-Apoth., N. Döberitzer St. 116.
Alle Suden. unger. Apothek., Halberstädter Straße 53.
Sudun-Apoth., Köhngstraße 22.

Bis mittags 1 Uhr sind sämtliche Apotheken geöffnet. Die Adler-Apothek in Friedrichsbad vertritt allmählich Nachtdienst.

Durchhalten!

Der Breslauer „Volksmacht“ hat ein Windstoch den Brief einer höhern Breslauer Beamtenfamilie angeführt, der geradezu ianigie „Wunde der Freundschaft“ mit dem Land offenbart und das Märchen von der Freundschaft zwischen Stadt und Land gründlich zerstört. Er lautet:

Breslau, den 26. 1. 18.

Liebe Frau Busch!

Sieben Ihren lieben Brief erhalten. Teile ich Ihnen mit, daß ich mich sehr freuen werde, wenn ich die Butter, 8 bis 10 Pfund, für 40 bis 50 Mark erhalte. Auch würde ich mich freuen, wenn Sie, liebe Frau Busch, mir wieder etwas Speck und Fleisch, vielleicht eingefalzen oder geräucher, ablassen würden, wenn es auch mager war, des Schwein. Sie wissen ja, liebe Frau Busch, wir sind sechs Personen im Haushalt, und da wird was gebraucht. Nun muß ich Ihnen aber noch mitteilen, daß mein Mann nicht diesen Dienstaug, sondern erst eine Woche später zu Ihnen kommen kann, das wird Ihnen doch auch recht sein. Es wäre dies also vielleicht Montag den 4. oder Dienstag den 5. Februar d. J. Vielleicht würde die Gans da auch so weit sein? Wenn nicht, dann warten wir noch.

Seien Sie herzlich gegrüßt von

Man sieht also, die Freundschaft ist kein leerer Wahn, denn sie bringt 8 bis 10 Pfund Butter, „etwas“ Fleisch und Speck und schließlich auch eine Gans ein, wenn sie, jeds genug ist. Die Schreiberin ist eine Frau Rechnungsrat aus Breslau. Ihr Mann ist vielleicht Mitglied der Vaterlandspartei und predigt andern: „Durchhalten!“

Die Gold- und Silberankaufsstelle schreibt uns: In erfreulicher Weise nahen sich von Tag zu Tag die Eintieferungen von Goldschmuck und Juwelen, und auch aus der Provinz und den Nachbargebieten kommen Nachrichten, die einen günstigen Verlauf der Provincial-Goldwoche voraussehen lassen. Die Goldmünzen finden jetzt eine nützliche Verwendung, wenn sie in die Kassen des Stadttheaters, des Wilhelmtheaters, des Circus oder der Lichtspiele wandern, wo sie während der Goldwoche große Bergungstätigkeiten genießen, und von dort ihren Weg zu uns finden, um zu nützen, im Golegisch des Reiches.

Vorleser Sonntag in der Flieger-Ausstellung „Friedenshof“. Am Sonntag den 24. Februar erreicht die lehrreiche und interessante Veranstaltung bereits ihr Ende. Am heutigen Sonntag finden Sonder-Demonstrationsvorträge um 11 Uhr vormittags, 3, 5 und 7 Uhr nachmittags statt.

Neues Gemüßerfeld. Der Berliner Magistrat schreibt der dortigen Presse: „Es ist nicht lange her, als die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit Befriedigung hervorhob, daß, nach ehe die offiziellen Formulare der Reichsstelle festgesetzt seien, die Städte sich durch Vorverträge zum großen Teile bereits für die nächste Ernte bereit halten. Jetzt aber, wo die vorzüglichen Städte die Früchte ihrer monatelangen Vorarbeit durch endgültigen Abschluß der neuen Verträge sichern wollen, macht die Reichsstelle bekannt, daß eine große Zahl von Kreisen für das Schließen von Anbauverträgen der Städte gesperrt seien. Wie im Vorjahr könnte späterhin die Reichsstelle wiederum sich veranlassen sehen zu erklären, daß es an der mangelnden Fähigkeit der Stadtverwaltung gelegen hat, wenn sie keine Verträge geschlossen hat. Es ist deswegen vorgeht, hiergegen bezüglichen Verwahrung einzulegen. — In den Kreisen, die für Verjorgungsvorträge gesperrt sind, gehören nach einer Mitteilung der Provinzialstelle für Sachsen auch die Kreise Kaibe und Wanzleben.“

Der Krieg als Familienzerstörer. Es ist eine schon länger beobachtete Tatsache, daß der Krieg auch auf das Verhältnis der Ehegatten einen starken Einfluß ausgeübt hat. Der Krieg wirkt auch auf das Familienleben als unheilvoller Zerstörer stiller Werte, die uns immer als eins unserer heiligsten Güter hingestellt worden und deren Verwüstung man dem Sozialismus zum Vorwurf macht. Einen interessanten Einblick in diese Verhältnisse gab die letzte Sitzung der Münchberger Armenräte. Aus Anlaß eines vorliegenden Unterstützungsfall für eine Familie, deren Ernährer eingezogen ist, stellte der Vorsitzende, Reichsrat Fleischer, fest, daß bei den Armenrechtsgefallen, die bei der Armenpflege für Prozesse usw. beantragt worden, von 100 Klagen allein 34 sich auf Ehegatten betrafen. Weiter wurde mitgeteilt, daß unter 163 neu eingelaufenen Gefallen um Armenrechtsbewilligung nicht weniger als 80 Gefälle Ehegattenklagen betreffen. Der Vorsitzende bezeichnete diese Feststellungen als geradezu fürchterliche Tatsachen. Jedenfalls geben diese Verhältnisse sehr zu denken.

Gasse baut ein zweites Stadttheater. Die Stadterordneten-Versammlung der Nachbarstadt Halle nahm am Donnerstag eine Vorlage des Magistrats an, nach der ein Fonds angelegt werden soll zum Zweck der Errichtung eines zweiten Stadttheaters. In der Magistratsvorlage finden wir folgende bemerkenswerte Sätze: Im Haushaltungsplan des Stadttheaters für 1917 sind als Anteil der Stadt am sog. Reingehältn 3500 Mark vorgezogen. Tatsächlich beträgt jedoch der Anteil für die Winterpielzeit 1916/17 und die Sommerpielzeit 1917 47 215 Mark. Die außergewöhnliche Höhe dieses Betrags, dem aus dem Vorjahr nur ein Betrag von 3526 Mark gegenübersteht, erklärt sich zum großen Teile durch die besonderen Verhältnisse der gegenwärtigen Kriegszeit. Dem Vorjahr in andern Teilen unserer Verwaltung, die ungewöhnliche Betriebsverhältnisse der Kriegszeit aufwies, folgend, haben wir es auch beim Stadttheater nicht für jaggemäß, den obigen Anteil in voller Höhe zur Kammerschatze zu verzeichnen, obwohl auch danach noch die Aufwendungen der Stadt für das Stadttheater einen Zufluß von rund 150 000 Mark erfordern würden. Maßnahmen aus Kassenöffnungen der Stadt können nicht zu wesentlicher Verminderung der planmäßig hierfür festgesetzten Ausgaben beitragen, sondern sollen wieder den Zwecken von Kultur und Kunst dienlich gemacht werden. Dieses Gebot erscheint jetzt um so dringender, als der Krieg den Kulturstand in allgemeinen stark beeinträchtigt und Verluste an idealen und ethischen Werten verursacht hat, deren Wiedergewinnung zu den nohesten Aufgaben der kommenden Friedenszeit gehört. In der Lösung dieser Aufgaben wird in vorrörder Reihe das Theater, das offensichtlichste Merkmal der Sinnenrichtung und Geisteshöhe des Volkes und einer der stärksten Träger der Kultur, beteiligt sein. Demgemäß wollen wir die Summe von 47 215 Mark nur in Höhe von 4215 Mark auf die Stadt berechnen und den Betrag von 43 000 Mark einem neu zu bildenden Fonds zuweisen, dessen Zweck darin bestehen soll, die zur Errichtung eines zweiten städtischen Theaters erforderlichen Mittel anzuhelmeln.

Der Kriegsschuh. Der Ueberwachungsamt für die Schuhindustrie nahm am Freitag Veranlassung, einen kurze geladene Gasse in Berlin seinen „Stückpreis“ festzusetzen. Das man dort zu sehen bekam, berichtet die Berliner Post, stellt sich als ein ziemlich plumpe und recht teures Nachwerk dar.

Schäfte und Futter aus Papiergewebe, dünne Lederbeläge an Vorder- und Hinterblatt und dazu dicke Holzsohlen, die zum Ueberstich noch mit „Bewehrungen“ aus Nägeln oder ähnlichen Dingen versehen sind. Die Preise für die Fabrikate sind, wie bereits erwähnt, außerordentlich hoch. Während man im Frieden ein Paar dauerhafte Lederstiefel für 12 Mark erhielt, kosten die Kriegsstiefel für Kinder 9.50 bis 16.50 Mark, für Frauen 14.50 bis 22 Mark für Männer 16.50 bis 24 Mark. Der Ueberwachungsamt begründet die Preise mit der allgemeinen Knappheit an Rohstoffen und der sonstigen Teuerung. So werden angeblich für gutes Papiergewebe Preise bis zu 10 Mark für das Meter gefordert. Geordnete Holzsohlen kosten mehr als die besten Kernensohlen. Futterstoffe sind gegenüber den Friedenspreisen über 100 Prozent, Nähseide und Garn etwa 500 bis 700 Prozent, Schnürsenkel etwa 1000 Prozent, Metallösen, Schnürhaken, Metallkette etwa 200 Prozent höher als zu Friedenszeiten. Arbeitslöhne, Gehälter, Frachten, Unkosten sind ebenfalls erheblich verteuert. Für eine Holzsohle rechnet der Ueberwachungsamt eine Verbrauchsauer von 7 bis 8 Wochen. Da eine solche Sohle 3 bis 3.50 Mark kostet, die Schuhmacher für ihre Arbeit mindestens 2 Mark verlangen werden, so kostet ein Paar Herrenstiefel den glücklichen Träger mit Besorgung im Laufe eines halben Jahres 39 Mark. Wie lange die Papiergewebeschäfte Regen und Schmutz aushalten, steht noch nicht fest. Was damit bezwacht werden soll, ahnt noch kein gewöhnlicher Stiefelträger.

Die Kriegsschädigten und ihre Ansprüche an die Kranken- und Invalidenversicherung. Ueber dieses Thema wird morgen Sonntag, vormittags 9 Uhr, der Rechtsberater des Bundes der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Arbeitersekretär Guja v. Rügger, in einer Mitgliederversammlung in der „Reichshalle“, Kaiserstr. 19, einen Vortrag halten. Eine sich anschließende freie Aussprache wird den Teilnehmern Gelegenheit geben, sich weitere Aufklärung zu verschaffen. (Siehe auch Zuzrat in dieser Nummer.)

Dachstuhlbrände. Am Freitagabend gegen 6 1/2 Uhr entbrannte im Dachstuhl des hier bewohnten fünf Geschos hohen Grundstücks Leipziger Straße 32 ein großes Feuer. Beim Eintreffen der Schicht der Feuerwehr Sudenburg und Budau brannte der Inhalt von etwa sechs Bodenräumen des linken Seitengebäudes und der im Hintergebäude befindliche Trockenboden. Das Feuer konnte von zwei günstig gelegenen Treppenhäusern aus mit gutem Erfolg angegriffen werden, so daß es nach kurzer Zeit gelöscht und auf die vorliegende Ausbreitung beschränkt werden konnte. Der Inhalt der Bodenräume und leider auch die auf dem Trockenboden befindliche Wäsche eines Haushaltes sind vernichtet. Die Aufräumungsarbeiten nahmen die Wehr nach bis gegen 8 1/2 Uhr in Anspruch. Die Ursache ließ sich nicht ermitteln, vermutlich liegt Fahrlässigkeit beim Umgehen mit Licht vor. — Am Freitagabend kurz nach 9 Uhr hatte die Feuerwehr ein zweites Feuer zu bekämpfen, und zwar brannte das Dachgeschoss des Vordergebäudes Kreuzgasse 4. Infolge fehlerhafter Feuerungsanlage in einer Wohnung des Dachgeschosses war ein Brand- und Deckenbrand entstanden. Das Feuer hatte am Freitagabend die Decke nach oben durchbrochen und beim Eintreffen der Feuerwehr, welche um 9.03 Uhr vom Feuermelder Dopplap alarmiert war, den Bodenraum in seiner ganzen Ausdehnung bereits ergriffen. Das Feuer konnte trotz der großen Ausdehnung mit zwei Schlauchlinien in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht werden, doch nahmen die umfangreichen Aufräumungsarbeiten die Wehr bis gegen 12 Uhr in Anspruch.

Vom Gerüst gestürzt. Am Freitag nachmittag stürzte der Mann Ostas Hildebrandt, wohnhaft in Schönebeck, auf dem Neubau Ostereiser Weg von einem Gerüst aus circa 10 Meter Höhe herab und erlitt eine schwere Rückenverletzung und schwere innere Verletzungen. Er wurde in die Krankenanstalt Sudenburg eingeliefert.

Feuer. Am Freitag rühte auf eine telefonische Fernmeldung von Große Münzstraße 5 nachmittags 2 1/2 Uhr die Hauptfeuerwehr nach dort. In der zweiten Etage auf einem Treppenturm waren Papprollen im Brand geraten. Beim Eintreffen des Zuges war die Gefahr zum Teil beizigt.

Verstohlen wurden in der Nacht zum 13. d. M. aus einem Stall in der Nachweidestraße 28 Hühner, die durch Abschneiden der Röhre an Ort und Stelle getötet sind; am 14. aus einer Wohnung in der Hartsdorfer Straße eine Golduhrenkette und Doppeldeckel nebst goldener Kette mit einem Frauenkopf als Anhänger, eine goldene Damenuhr, eine goldene lange Damenuhrenkette mit Schieber, 1/2 Duzend silberne innen vergoldete Koffertöffel, eine weiße Perlenkette, ein Granatarmband, eine goldene, aus einem Armband gefertigte Uhrkette; aus einem Stall in der Ottenbergstraße 14 Trauben; aus einem Hause in der Obenfelder Straße ein Treppenläufer, 6 Meter lang und 65 Zentimeter breit; aus einem Kinematographen-Theater ein schwarzer Winterüberzieher mit Samtkragen und ein Hut; von einem Bodenraum in der Köhngstraße vier Hemden, drei Handtücher und zwei Zeile Stoff; in der Nacht zum 15. aus einem Fabrikraum in der Sieberstraße zwei Treibriemen, 7,35 und 5,50 Meter lang sowie 9 und 5,5 Zentimeter breit.

In Haft genommen wurden drei Schloffer von hier, die in der Nacht zum 13. d. M. aus einem Raum einer Fabrik in der Halberstädter Straße, in der sie arbeiteten, mittels Einbruchs etwa 20 Kilogramm Seife gestohlen haben. Etwa 10 Kilogramm wurden in ihren Wohnungen vorgefunden.

Wem gehören die Uhrenten? Vor einiger Zeit sind fünf neue Raduhrrenten mit je drei länglichen gelben Steinen, oben mit Feerring unten mit Karabinerhaken, gefunden worden. Die Uhrenten sind an schwarzer Koppe befestigt an der 6 Stiel gehangen haben. In einer befindet sich eine Kerne mit rotm Schwanke Gintette mit der Nummer 2166. Inzwischen haben die Ketten in einem Schankstuden oder Schankstuden gehangen. Der Eigentümer wird er sucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Mar Gold gefall,
Vorbrannt im Haus.
Ludw. Hoff.

Gold- und Silberankaufsstelle. In Köhngstraße 6, I. werden Gold- und Silbergegenstände bis 12 Uhr, und bekannte Goldstücke den ganzen Tag gekauft.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Stadttheater. Am Freitag wurde Wagner's „Waldmäre“ gegeben. Die Bezeugung war für unsere Stadttheater-Verhältnisse eine glänzende. Ein kühn gewaltiger Siegmund mit klugen Regieren war Fritz Duh, ein kraftvoller Hunding Franz Schwarz, Guido Schlegendorf als Wotan schien an einer leichten Indisposition zu leiden, blieb aber sonst der Bedeutung seiner Partie nichts schuldig. Als Sieglinde trat Frau Dina Kahlendorf aus Halle für die erkrankte Frau Elm mit sehr schönem Erfolg ein, der vorzugsweise auf ihre guten Gesangsmanieren zurückzuführen war. Als Branhilde sang Paula von Florentin, Weber die Titelpartie. Ihre innerlichen Affekte kann man nur zustimmend bewerten. Sidbi Philipp-Lode als Freia war musikalisch zuwimmenswert. Das Waldmären-Geschehen hatte durchweg einen sehr achtbaren Erfolg aufzuweisen. Der Gesamteindruck der Solo-Partien wurde durch das dramatische Gestaltungs-Gesicht Dr. Rabl's gehoben, der sein Orchester in dem sicheren Gefühl der genauen Kenntnis der Partitur leitete. Theo Kabeu war wieder der tadellose Aufführungsleiter. Im ganzen darf die Vorstellung als eine gehaltvolle bezeichnet werden.

Mitteltungen der Direktionen.

Stadttheater. Spielplan vom 17. bis 24. Februar. Sonntag nachmittag 3 Uhr (Sondervorstellung für die Rüstungsindustrie): Dvornik's Eber, abends, 1. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Hoffmann's Erzählungen. Montag, 6 1/2 Uhr (Sondervorstellung für die Rüstungsindustrie): Der Freischütz. Dienstag, 5. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut. Mittwoch, 6. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Meine Frau, die Hofkapellmeisterin. Donnerstag, 7. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Tamburino. Freitag, 8. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Jugend. Sonnabend, 1. Anrechtsabend, 6 1/2 Uhr: Hamlet. Sonntag nachmittag 3 Uhr (vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen): Die Menschenkinder; abends, 2. Anrechtsabend, 7 Uhr: Die roten Augen.

Stadttheater. Am Dienstag findet eine Wiederholung der Oper „Verkaufte Braut“, am Donnerstag von „Tamburino“ statt, am Freitag wird zum letztmal die Oper „Jugend“ von Waghalter mit Frau Sebi-

mater und Herrn Schützenberg in den Partien des jugendlichen Liebespaars, zur Aufführung gelangen, in Verbindung damit wird Blummann-Gros's Tanzspiel „Sommerachtspat“ aufgeführt werden. Der Sonntag bringt eine Wiederholung von „Die roten Augen“. Das reizende Lustspiel „Meine Frau, die Hofkapellmeisterin“, mußte anderweitiger Verpflichtungen wegen zurückgestellt werden. Das lebenswichtige Werk, welches hier bei seiner Uraufführung, ebenso wie in allen andern Großstädten, einen durchschlagenden Erfolg erzielte, wird am Mittwoch zur Wiederholung kommen. Der Sonntagabend bringt eine Revueinszenierung von „Hamlet“ mit Herrn Schütz in der Titelrolle. Die Leitung der Aufführung hat Herr Direktor Bogeler selbst. Am Sonntag kommt als vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen „Die Menschenkinder“ zur Aufführung.

Die 30. monatliche Hausammlung
beginnt am 17. Februar 1918.
Der Ertrag ist für die deutschen Arme- und Marineheimen bestimmt.
Direkte Einzahlungen können durch Postcheckkonto Berlin 22345 461 oder an unsere Kasse, Kaiserstraße 64, erfolgen.

Wilhelm-Theater. Wochenplan. Sonntag nachmittag „Eva, das Fabrikmädchen“, abends „Sag ein Knab' ein Köstlein Rehn“. Montag bis Sonnabend täglich „Sag ein Knab' ein Köstlein Rehn“. (Freitag Jubiläums-Aufführung zum 60. Male.) Sonntag nachmittag „Wiener Blut“, abends „Sag ein Knab' ein Köstlein Rehn“. Montag Benefiz Mada von Paul: „Eva, das Fabrikmädchen“. **Centraltheater.** Wochenplan. Montag, 18. Februar, bis Donnerstag, 21. Februar, abends 6 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Freitag, 22. Februar, abends 6 1/2 Uhr, sowie Sonnabend, 23. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr: Sondervorstellungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie. Sonnabend, 23. Februar, abends 6 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Sonntag, 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 6 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. **Ortsauskunft f. Kriegerheimstätten.** Donnerstag, 21. Februar, Stadthaus 8 Uhr. Dr. Hilbert: „Entwurf eines Kriegerheimstättengesetzes“.

Tanagra-Theater, Breiter Weg 188/84, ist nur noch kurze Zeit am Abend, man veräume deshalb nicht, diesen lieblichen Spielen einen Besuch abzustatten.

Bereins-Kalender.

Burg. Die Metallarbeiter fahren Sonntag den 17. d. M. um 7.59 ab Burg zur Ausstellung. Zug wird verläßt. Schönebeck. Volksverein. Mitglieder-Versammlung am Sonntag den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, im „Stadtpar“.

Wasserstände.

	Elbe.	Fall Wachs	+ bedeutet über, - unter Null.	Wulpe.	Fall Wachs
Nordbüh.	15. 2. + 0,52	- 0,36		Dübren . . .	116. 2. + 0,76 (0,12)
Brandeis . . .	+ 1,67	- 0,03		Saale.	
Meinik . . .	+ 0,85	-		Großkltz . . .	116. 2. + 2,17
Leitmeritz . . .	16. 2. -	-		Erzthg . . .	+ 2,90
Auffig . . .	- 0,27	- 0,09		Bernburg ltp.	+ 2,10
Dresden . . .	+ 1,92	- 0,09		Salbe Oberp.	+ 1,93
Zorgau . . .	+ 2,78	- 0,12		Salbe Unterp.	+ 1,99
Wittenberg . . .	+ 2,16	- 0,15		Grisehne . . .	+ 2,10
Hobla . . .	15. 2. + 2,17	- 0,19		Gabel.	
Alten . . .	+ 2,52	- 0,17		Brandenburg	
Barby . . .	16. 2. + 1,90	- 0,17		Oberpegel	15. 2. + 2,26
Magdeburg . . .	+ 2,84	- 0,16		Brandenburg	
Kangerode . . .	+ 2,59	- 0,09		Unterpegel	+ 1,78
Wittenberg . . .	15. 2. + 2,62	- 0,04		Kathenow	
Lenzen . . .	+ 2,02	- 0,02		Oberpegel	
Dömitz . . .	-	-		Kathenow	
Darzhau . . .	-	-		Unterpegel	
Boizenburg . . .	-	-		Gabelberg . . .	
Sothorj . . .	16. 2. + 2,19	- 0,01			

Wettervorhersage.

Donnerstag, 17. Februar: Meist heiter, trocken, tagsüber gefrierend.

Möbel-Spezialhaus
Friedrich Lorenz
Peterstr. 17 Inhaber: Peterstr. 17
Karl Beyerling
Großes Lager in Möbeln und Polsterwaren
zu sehr soliden Preisen.
Spezialität: Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
in billiger Preislage.
Eigene Tischler- und Polsterwerkstätten. Transport frei.

Vergrößerungen
nach jeder Photographie
werden sauber und preiswert angefertigt.
Magdeburg-W.,
Hüneburg, Annastraße 29.
Elektrische Lampen ansehnlich preiswert in hundert versch.
Ausführungen von 2.50 Mark an
ständig vorhanden. 406
Gas-Röhrenlampen im Preise von 13.00 Mark an
herliche Muster,
auch meterweise.
Perfransen
Johannisfahrstrasse 12
Otto Schultze Nähe des Wilhelm-Theaters.
Konfirmations-Geldente
Medaillons, Halsketten, Armbräuer,
Broschen, Manschettenknöpfe und
Krawattenknöpfe liefern mit Semi-
Gewebe-Gülden nach jeder Photographie.
Schnell und empfindlich Vergrößerungen
in bester Ausführung. 464
Kaufmann Hermann Sams
Stephansbrücke 20, 1 Kr. 708

Trauer-
Hüte, Kleider, Blusen, Röcke
Handschuhe, Schleier, Krepps
Schürzen usw.
in allen Preislagen und größter Auswahl
Schnellste Anfertigung von Trauerkleidern
Lange & Münzer
Breiteweg 51, 51a, 52

Umpreßhüte **Haar** **Reisepaß-Bilder**
Kaufmann Hermann Sams
Stephansbrücke 20, 1 Kr. 708
Befehl in 24 Stunden 1918
Kühnen Foto-Elektro,
Bieder Straße 35.

**Verkauf der Carl- und
Schwarzweil Maschinenfabrik**
Zahntelle Magdeburg.
Der Vorstand verfaßt die
Firma unter Carl- und
Schwarzweil im Alter von 42 Jahren.
Seine letzten Absichten!
Die Beerdigung findet am
Montag 11 Uhr von der
Kapelle des Stephansplatzes aus
statt.
Das geschiedene Ehepaar
wird der Beerdigung
F. A. Paul Pirne
+ St. Stephansplatz.

Wanzen, Schwaben, Ratten, Mäuse
vertilgt zu billigen Preisen. Kostenloser Besuch.
Ratten, Mäuse, Bazillus 2.00 b. 2.50 Mk.
Spezialität: Wanzenausrüstung mit Brut-
selbst da, wo alle Mittel versagten
Kammerjäger Rich. Dietrich Stephans-
brücke 34, pt. Fernsprecher 4905.

Moderne Blusen und Kostüm-Röcke
Ganz bedeutende Auswahl Bekannt gute Bedienung

Wollene Blusen in verschiedenen Farben — gute Stoffe — 19 ⁰⁰ 22 ⁵⁰ 28 ⁰⁰	Seidene Blusen mit reichem Besatz — hellen, saftigen und modischen — Kostüm 29 ⁷⁵ Besatz trägt 29 ⁰⁰	Voile-Blusen Kleiner, mit hellem Besatz — modischen und geschmackvollen — 24 ⁰⁰ 36 ⁰⁰ 47 ⁰⁰ 65 ⁰⁰
Helle Tüll-Blusen Kleiner Besatz 12 ⁰⁰ 16 ⁰⁰	Einfarbige u. gemusterte seidene Blusen Kleiner Besatz 31 ⁵⁰ 36 ⁰⁰ 42 ⁰⁰ 49 ⁷⁵ 65 ⁰⁰	Kostüm-Röcke Kleiner Besatz — in allen Stoffen — zu nach bestimmten Preisen
Kostüm-Röcke Kleiner Besatz — mit reicher Ausstattung — in modernen Stoffen	Röcke in Taffet, Voile und Kunstseide in großer Auswahl — für jede Figur passend	Damen-Korsett Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰
Damen-Korsett Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰	Damen-Korsett Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰	Damen-Korsetten Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰
Damen-Korsett Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰	Drell-Leibchen für Kinder Kleiner Besatz 3 ⁵⁰	Damen-Korsetten Kleiner Besatz, mit Besatz u. in verschiedenen Farben 12 ⁰⁰

**Verkauf der Carl- und
Schwarzweil Maschinenfabrik**
Zahntelle Magdeburg.
Der Vorstand verfaßt die
Firma unter Carl- und
Schwarzweil im Alter von 42 Jahren.
Seine letzten Absichten!
Die Beerdigung findet am
Montag 11 Uhr von der
Kapelle des Stephansplatzes aus
statt.
Das geschiedene Ehepaar
wird der Beerdigung
F. A. Paul Pirne
+ St. Stephansplatz.

Carl Ebeling
Magdeburg
Erd- u. Feuer
Bestattungs-
Institut
Tel. 7100
Sarg-Fabrik
Hauptwohne
am neuen Rathaus
Wilhelmstadt
Annostraße

Religiöse Nachrichten für den 17. Februar.
Abendmahl. Dom 9 1/2 D. Jacobi, 6 Krause, Dienstag 6 1/2
Meyer, Militär 11 Hoppe, 9 1/2 Kinder Gottesdienst Bethanien
Albrechtstraße, Beise, Da. 6 Platz, Johannes 9 1/2 Franz
5 Friedebund, Da. 8 Franz, Ulrich 9 1/2 Damm, 5 Storch
9 1/2 D. Schätler Katharinen 9 1/2 Kirchner, 5 Haupt,
Al. 8 Haupt, Jakob Gemeindefest 9 1/2 Genge, 5 Rammann
Petri 9 1/2 und Da. 8 Friedebund, Nikolai 9 1/2 Birth, Martini
9 1/2 Zippel, Al. 8. Ambrosius 9 1/2 Pittman, 5 Rauch, Da. 7 1/2
Kand. Paulus 9 1/2 Wding, 5 Kirchner, Stefan 9 1/2 7 Schütz
5 Rang, D. H. H. n. H. H. in franz. Kirche 10 Dr. Meyer
Wallre, 9 1/2 D. H. H. H. Schifferheim 10 1/2 Gluckhinterpass
Hindelfon.

Herzlichen Dank
Allen denen, die den Gang unserer lieben Mutter, Witwe
Anna Luther geb. Würre
so reich mit Blumen schmückten und ihr das Geleit zur ewigen
Ruhe gaben.
Besonderen Dank ihren früheren Mitarbeiterinnen von Ström-
berg, den Bewohnern des Hauses Klosterbergstraße 12 sowie
Herrn Prediger Dr. Köhler für die herzlichen Worte in der Kapelle
und am Grabe.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Männer-Turnverein Salke-Werkstätten.
Eines der tüchtigsten Turner hat wieder der
gemeinsame Väterbund beigetragen. Infolge seiner
erhaltenen körperlichen Gesundheit hat unser früherer
Turngenosse und Turnwart
Wilhelm Hoth.
Mit seiner Familie nach Magdeburg beharrlich auch
mit seinen so frühen Tod.
Seine tüchtigen Söhne, Wirtin und Streiter in
unserer freien Turnzeit haben ihn ein demütigendes
Denkmal.
Der Vorstand.

Kaufhaus Adolph Michaelis
Kaufhausplatz 1 und 2 — an der Fontäne
Befähigung der Waren ohne Kaufmannsgelehrten

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Kauntz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. — Für den Abdruck in der „Volkstimme“ für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Kolonnenzeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Reklamierfeld 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 41.

Magdeburg, Sonntag den 17. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Die Bolschewiks und wir.

Zwei wichtige Meinungsäußerungen aus dem Parteivorstand liegen heute der Öffentlichkeit vor: In der „Neuen Zeit“ schreibt der Parteivorsitzende Friedrich Ebert über die jüngsten politischen Streife, im „Vorwärts“ Otto Braun über die Bolschewiki und wir.

Ebert geht mit dem Landesberratsgeschäft ins Gericht, indem er nachweist, daß die Eroberungsfanatiker seit Jahr und Tag jedes Streben nach dem Verständigungsfrieden als Hochverrat verurteilen haben, gleichviel ob es von der Regierung, dem Reichstag oder der Sozialdemokratie ausging. Er legt weiter dar, wie leicht es die Regierung gehabt hätte, die Auslandsbewegung rasch und friedlich zu beendigen. Aber so wenig sie sich dazu geschickt zeigte, so wenig wollten die Unabhängigen ein solches Ergebnis. Trotz der dringenden Vorstellungen der Partei blieben sie dabei, die

Verhandlungen zum Scheitern

zu bringen.

Ueber die Haltung des Parteivorstandes gibt Ebert zwei neue wichtige Erklärungen ab. Der Parteivorstand hat gegenüber den Streikenden sofort jede Verantwortung für die ohne jegliche Fühlung mit ihm zum Ausbruch gebrachte Bewegung abgelehnt. Da er die gefährdeten Arbeiterinteressen aber nicht ohne Schutz lassen wollte, hat er einen entsprechenden Einfluß auf die Leitung der Bewegung und eine gründliche nochmalige Durchberatung der Streikforderungen zur Voraussetzung gemacht. Nur die scharfen behördlichen Eingriffe bereiteten die Erfüllung dieser Bedingungen.

Ebert entwickelt sodann die Lehren, welche die Regierungspolitik für ihr Friedensstreben, für den Wahlrechtskampf und die Lebensmittelversorgung aus dem Streife ziehen sollte; er schließt mit der folgenden bedeutungsvollen Erklärung:

Der Parteiauschuß und der Parteivorstand haben sich auf ihrer Tagung während des Streikes erneut einmütig zur Landesverteidigung bekannt. Die Reichstagsfraktion hat sich dem Beschluß ebenfalls einmütig angeschlossen. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften haben sich in gleichem Sinne erklärt. In der Regierung liegt es nun, das Ihre zu tun, damit der Krieg, in den unser Volk mit der Karole gezogen ist, nicht Eroberungslust mit der gleichen Karole bedingt ein Ende findet.

Im „Vorwärts“ spricht das Parteivorstandsmitglied Otto Braun sein tiefes Bedauern darüber aus, daß der Friede mit Rußland in Brest-Litowsk nicht zustande gekommen ist.

Die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk haben die Verhandlungen mit der Erklärung abgebrochen, sie betrachteten den Kriegszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten als beendet.

Die langwierigen Friedensverhandlungen haben sonach wie russische Parteidebatten geendet: sie haben eine reichlich unklare, unbefriedigende Situation hinterlassen. Denn man kann wohl durch die einfache Erklärung, man befände sich mit einem andern Staat im Kriegszustand, einen Krieg entfesseln, nicht so aber durch eine diesen Kriegszustand regierende Erklärung den Friedenszustand wiederherstellen. Dazu gehören doch Vereinbarungen über all die Fragen, die der Krieg aufgerollt, eine Regelung all der mit einem Friedenszustand unvereinbaren Tatsachen, die der Krieg geschaffen hat. Sollen die russischen Gefangenen in Deutschland, die deutschen in Rußland bleiben, soll der Verkehr zwischen den bisher kriegführenden Staaten wieder aufgenommen werden oder weiter ruhen, alle diese wich-

tigen Fragen bleiben offen; die russische Delegation hat es für gut erachtet, vor ihrer Lösung Schluß der Debatte einzutreten zu lassen.

Wer die russischen Unterhändler kennt und ihre Verhandlungsmethode in den letzten Wochen aufmerksam beobachtet hat und dazu hält die eigenartige Tätigkeit, die die Petersburger Telegraphenagentur unter Leitung Kadeks entwickelte, der wird sich über

das unbefriedigende Ergebnis

der Verhandlungen nicht sonderlich wundern. Denn wie Leute vom Schlage des Herrn Sobelohn, genannt Kadek, sachliche Verhandlungen komplizieren, verschleppen und unfruchtbar gestalten können, das kann man unter anderm im Protokoll über den sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz im Jahre 1912 nachlesen, wo über den Göttinger Zeitungskonflikt verhandelt wurde.

Auch erscheint die präventive Art, in der dieser Zeitgenosse Kadek noch zuletzt in Brest-Litowsk als einziger berufener Vertreter der polnischen Nation auftrat, in einem eigenartigen Lichte, wenn man im Parteitagsprotokoll von Jena 1913 nachliest, wie seine polnischen Genossen, die ihn aus der Partei ausgeschlossen hatten, diesen Vertreter Polens beurteilten. Genosse Müller verlas dort aus einem Briefe des Vorstandes der Sozialdemokratie Polens und Litauens in bezug auf Kadek folgende Stelle:

Es geht jedoch nicht an, daß ein wegen Diebereien aus einer Bruderpartei ausgeschlossenes Subjekt in der deutschen Partei öffentlich und ostentativ tätig sein dürfe und sich auf diese Tätigkeit öffentlich — wie es dies tut — berufen könnte, um das polnische Urteil als belanglos und jeder moralischen wie juristischen Bedeutung in den Augen der deutschen Genossen entbehrend hinzustellen. . . .

Gewiß, der zurzeit in Polen regierende Regenthschaftsrat kann als eine

rechtmäßige Vertretung des polnischen Volkes

nicht angesehen werden, solange ihn eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung nicht sanktioniert. Aber Herr Sobelohn-Kadek kann diesen Anspruch unter den obwaltenden Umständen doch noch viel weniger erheben. Ihn dürften nicht einmal die polnischen Arbeiter als ihren Vertreter anerkennen.

Es kann nun freilich keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschen Unterhändler durch die Art, wie sie ihre Erklärung vom 25. Dezember 1917 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in dem okkupierten russischen Gebiet durch die Erklärung vom 27. Dezember 1917 entwerteten, nicht unwesentlich zur Verlängerung der Verhandlungen beigetragen und was das schlimmste ist, im Ausland den Anschein erweckt haben, daß allein bei der deutschen Regierung das Friedenshindernis liegt.

Gleichwohl hieße es den geschichtlichen Tatsachen Gewalt antun, wollte man nicht anerkennen, daß es auch ohne den Zwischenfall vom 27. Dezember d. J. und der nicht zu billigen Haltung der deutschen Unterhändler in der Folgezeit zu einem Friedensvertrag mit den Vertretern der Petersburger Bolschewiki nicht gekommen wäre, denn diese haben doch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Zeit des Waffenstillstandes

nicht zum Abschluß des Friedens,

sondern vielmehr zur Uebertragung der Revolution auf das Gebiet der Mittelmächte ausnutzen wollen.

Der erwähnte Kadek, der journalistische Mentor der Bolschewiki-Regierung, hat doch in deren Organ „Sewestija“ in bezug auf die Brest-Litowsker Verhandlungen ganz offen geschrieben:

Die Friedenspolitik der russischen Revolution muß auf die Herbeiführung der europäischen Revolution gerichtet sein. Jedenfalls muß man mit einem Stillstand oder Abbruch der jetzigen Verhandlungen rechnen.

Da die europäische Revolution noch immer nicht ausgebrochen ist, hat man vorerst die Verhandlungen abgebrochen. Das ist im Interesse der leidenden Menschheit auf das tiefste zu bedauern. Denn, wenngleich man auch einseitig den Kriegszustand für beendet erklärt hat, besteht er doch latent fort und kann jeden Augenblick akut werden. Kadek spielt ja auch in dem oben erwähnten Artikel bereits mit dem Gedanken, den Krieg mit Freischärlerkorps revolutionärer Abteilungen, wenn nötig, fortzusetzen.

Deshalb muß den russischen Bolschewiken mit aller Deutlichkeit gesagt werden, ihre Hoffnung auf eine baldige gewalttätige Revolution in Deutschland ist ein Irrwahn. Sie begehen den Fehler, die russische Schablone an deutsche Verhältnisse anzulegen, die in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den russischen um fast hundert Jahre voraus sind. Für bolschewistische Revolutionsmethoden ist in Deutschland nun einmal kein Boden.

Es muß aber auch offen und ganz unzweideutig ausgesprochen werden, daß wir, als Sozialdemokraten diese

Gewaltmethoden der Bolschewiki

auf das schärfste beurteilen.

Wird auch in der bürgerlichen Presse in dem Bestreben, das sozialistische Regime in Rußland zu diskreditieren, viel Unwahres und Uebertriebenes über bolschewistische Greuel berichtet, so bleibt doch als wahr noch so viel Beurteilungswertes übrig, daß wir alle Veranlassung haben, im Interesse der Sozialdemokratie davon offen und rückhaltlos abzurufen.

Der Sozialismus kann nicht auf Bajonetten und Maschinengewehren aufgerichtet werden. Soll er Dauer und Bestand haben, muß er auf demokratischem Wege verwirklicht werden. Dazu ist freilich Vorbedingung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für die Sozialisierung der Gesellschaft reif sind. Wäre das in Rußland der Fall, würden die Bolschewiki sich zweifellos auf eine Mehrheit im Volke stützen können. Da dem nicht so ist, haben sie eine Säbelherrschaft etabliert, wie sie rücksichtslos unter dem Schandregiment des Zaren nicht bestand.

Sie haben die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählte Volksvertretung mit Waffengewalt gesprengt. Sie schlagen die Demokratie tot und erregen sie durch Energie und brutale Gewalt. In einer Weise, die den Meid selbst der brutalen Zarenherrschaft erregen muß,

knocken sie die öffentliche Meinung

und werfen selbst ihre nur taktisch von ihnen abweichenden Genossen in großer Zahl in die Gefängnisse.

Alles, was ihnen widerstrebt, werfen sie mit der Waffengewalt der ihnen noch ergebenden Soldaten zu Boden. Diese Herrschaft der ziellosen bolschewistisch-sozialistischen Soldateska ist aber ebenso zu verwerfen, wie die Gewalt-herrschaft der zaristischen Soldateska. Sie kann auch nicht von Dauer sein.

Das Chaos auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet muß immer größer werden und schließlich zum Zusammenbruch dieser unnatürlichen sozialistischen Säbelherrschaft führen.

Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätigster Rutschismus und Anarchie.

Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungstrich ziehen

Der Freiheitsbund.

Vor einiger Zeit ist in Berlin der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ gegründet worden, der sich zunächst zusammensetzt aus den Zentralen der Gewerkschaften aller Richtungen, einer großen Reihe von Angestellten-Verbänden und Beamten-Vereinigungen. Der Aufruf, den der neue Volksbund nach der Gründung als sein Pro-

gramm veröffentlichte, ist auch in unsern Spalten zum Ausdruck gekommen.

Neuerdings machen nun die „Unabhängigen“ in manchen Gewerkschaften gegen die Generalkommission und jene Zentralvorstände mobil, die sich dem Volksbund angeschlossen haben. Man berichtet, Mißbilligungsbeschlüsse

durchzuführen und damit die Stellung der Gewerkschaftsleitungen zu erschweren. Soweit dabei nur die Absicht mitspielt, auf jeden Fall die Tätigkeit der Generalkommission zu diskreditieren und damit die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu stören, wird es sich erübrigen, dazu irgendwelchen Vorwurf zu legen. Denn gegen bösen Willen helfen auch die

Besten Gründe nichts für jene vielen Gewerkschaftler aber, die in der Unrast des Tages nicht die Zeit haben, alle Veröffentlichungen dem Gedächtnis einzuprägen und deshalb Gefahr laufen, aus Unkenntnis vor den Wagen der Unabhängigen gespannt zu werden, ist es notwendig, noch einmal an den Zweck und die Aufgaben des Volksbundes zu erinnern.

Der Bund erklärt:

Äußere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das bezeichnen alle, welche diese Neuordnung verschieden zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden zu lassen. ...

Angeichts des noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde hält der Bund eine äußerste Zusammenfassung der Kräfte für notwendig, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist. Dazu gehört aber:

Sofortige innerpolitische Neuordnung, freier Ausbau unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volksschichten, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freudigkeit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen, die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß; endlich eine Hare von Volk und Regierung getragene Außenpolitik.

Auf Grund dieses Programms fordert der Bund auf, sich um ihn zu jähren:

Unter dem Zeichen von Vaterland und Freiheit ist ein deutscher Volksbund entstanden, der die innere und äußere Freiheit, Glück und Ansehen des Vaterlandes auf seine Fahne geschrieben hat. Wir sind keine Partei und kein parteiähnliches Gebilde. ...

Ein wahrer Volksbund sind wir, der aus dem ungeschwundenen Lebenswillen des deutschen Volkes geboren wurde. Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und selbstständig-freiwirtschaftlicher Staatskunst erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates. Die Eingliederung dieses neuen Deutschland in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten erfüllenden und anerkannten Kulturstaaten ist ein unserer vornehmsten Ziele. Diese Idee und zugleich partei-gewinnung soll unser Bund bezeichnen. ...

Sind das Ziele oder Gesinnungen, deren sich ein Gewerkschaftler oder ein Sozialdemokrat zu schämen hätte? Sind das nicht vielmehr Forderungen, die wir, wenn auch in anderen Worten, immer verfolgt haben?

Niemand wird den Gewerkschaftlern irgendeinen Vor-

wurf zu machen wagen, wenn sie für diese Wünsche einzeln eintreten. Der Vorwurf, der jetzt erhoben wird, richtet sich vor allem dagegen, daß sie dieselben in Gemeinschaft mit andern verfolgen, daß sie sich, kurz gesagt, mit bürgerlichen Kreisen zu gleichem Zwecke verbunden haben. Dabei ist nichts furchtbarer, als solche Kritik. Die Sozialdemokratie hat als Partei immer dasselbe Ziel sich gesteckt: Freie Entwicklung im Innern, die Möglichkeit der Mitarbeit aller, auch der Sozialdemokraten, am Staatswesen, und die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Kulturstaaten. Hat sie deshalb jemals abgelehnt, wenn bürgerliche Parteien den gleichen Weg einschlugen? Lassen sich nicht auch die Unabhängigen die Unterstützung durch bürgerliche „Passivisten“, wie Gerlach, Lepper-Sassi und andre, gern gefallen, wenn es ihren Zwecken nützlich ist?

Der Zusammenschluß von Personen und Organisationen verschiedener Grundanschauung zu gemeinsamem Zielstreben ist nichts Neues in der Weltgeschichte, auch nicht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Heute sehen wir, daß Unternehmungsorganisationen aller Art — Bund der Landwirte, Zentralverband der Industriellen usw. — sich für ihre besonderen annerkennungswürdigen Zwecke in der Vaterlandspartei eine Kampforganisation geschaffen haben. Arbeiter, Beamte und Angestellte aber sind in zahllosen Einzelorganisationen zerstückelt, ohne daß sie ihre gemeinsamen politischen Interessen auch gemeinsam vertreten könnten. Gegenüber den organisierten Reaktionsbestrebungen aber ist es geradezu ein Bedürfnis, daß auch die Abwehr dieser Reaktion und der Kampf für die freiheitliche Entwicklung organisiert wird durch Zusammenfassung aller Volksschichten, die ein Interesse an dem fortschrittlichen Ausbau unseres Staatslebens haben.

Nur ein politisch Blindes kann deshalb der General-Kommission der Gewerkschaften Vorwürfe machen, weil sie die großen Kräfte, die die Arbeiterorganisationen umfassen, aus diesem Bunde nicht ferngehalten hat. Im Gegenteil: jede Unterstützung mußte ihr dabei zuteil werden, daß sie alle Kräfte für den Reformwillen dienstbar macht. Und wenn irgendeine Klage berechtigt ist, so lediglich die, daß der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ nicht die Trommel viel lauter rührt, und dadurch den professionellen alldeutschen Kammern das Feld überläßt.

Eine am Freitagabend in Berlin abgehaltene Versammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland in den „Germaniajalen“ in der Chausseestraße gestaltete sich zu einer Kundgebung gegen die Bestrebungen, die Wahlrechtsreform zu verschleppen. Referenten waren die Reichstagsabgeordneten Siebel, Giesberts und Dr. Böhme.

Genosse Siebel führte aus: Die harntüchtige Art, mit der die Parteien, die sich mit Vorliebe als „staatsbehaltende“

bezeichnen, die Wahlrechtsvorlage behandeln und diese zu verschleppen suchen, hat schon schlimme Folgen gezeitigt. Jeder, ob drinnen oder draußen, ist heute Vaterlandsverteidiger, leistet Großes und Schweres und wird es noch weiter leisten müssen. Diese Pflicht ist bisher getan worden, nicht auf Grund, sondern trotz der elenden verfassungswidrigen Verhältnisse. Die wirtschaftliche Revolution, die mit dem Weltkrieg verbunden ist, wird neben manchem ändern auch das Dreiklassenwahlrecht unmöglich machen. Der Volksbund und seine Freunde wollen verhindern, daß diese politische Entwicklung sich mit zu gewaltigen Erschütterungen durchziehen muß, die dem Staat als Ganzes zum Verhängnis werden können. Das Schreckentempo der bisherigen Beratungen wirkt erregend, das Volk verlangt nicht nur, daß gearbeitet wird, es will, daß angesichts der Dringlichkeit und schnell und entschieden etwas geschafft wird, das dem Ziel nahekommt, „mit freiem Volk auf freiem Grund zu stehen!“

Der Zentrumsabgeordnete Giesberts sagte: „Das Wahlrecht ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir erstreben nicht die Herrschaft einer Geldaristokratie, wir wollen die Gleichberechtigung aller Volksschichten. An den Organisationen, die sich die Arbeiter geschaffen, kann die Energie, die Intelligenz, das tiefe Verantwortlichkeitsgefühl nicht genug bewundert werden, mit der sich der Arbeiter als reifer Staatsbürger beweist. Wer die deutsche Arbeiter-schaft kennt, muß sich amüßig sein, ihr das gleiche Wahlrecht vorenthalten zu wollen!“

Der Nationalliberale Dr. Böhme wies auf die traurige Neugier eines Konserativen hin, der bei der Einführung des gleichen Wahlrechts den Krieg als verloren betrachte. Er erklärte sich nicht nur persönlich, sondern auch im Namen des Bauernbundes einig mit den Forderungen der Arbeiterschaft und der andern im „Volksbund“ vertretenen Berufsgruppen.

Zum Schluß sprach der Volksbund im Namen der vier Millionen Männer und Frauen, die hinter ihm stehen, in einer Resolution seinen festen Entschluß aus, für die Durchsetzung des gleichen Wahlrechts einzustehen. „Der Volksbund erblickt in einer Verzögerung der Reform eine Bedrohung, in jeder Verschleppung eine Erschütterung unserer Staatseinheit. Eine Ablehnung der Vorlage müßte die schwersten Folgen nach sich ziehen. Indem der Volksbund die Wahlrechtsgegner auf diese ernststen Gefahren hinweist, begrüßt er es, daß die Führer der Regierung neuerdings sich aber als offen und fest zu der Reform bekennen und erklärt haben, daß die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Vorlage durchsetzen wird. Der Volksbund wird seinerseits alles aufbieten, um die Wahlreform zum Siege zu führen und damit einer freiheitlichen Entwicklung unter Mitarbeit des ganzen Volkes die Bahn zu öffnen.“

Was der Krieg bringt.

19000 Tonnen.

Wulstig wird gerädet:

Bei jünger Vermehrung und Gegenwirkung verdrängen wir die U-Boote im Mittelmeer bis 19000 Stück. Unter den neuesten Schiffen, das brach die meisten tiefbeladen waren, besonders die zwei große Dampfer von 6000 Tonnen, deren einer ein Tankdampfer war. —

Krieg für die Ukraine.

Die Berliner ehemalige Oberbürger, die von den Scherenschnittgelehrten gekauft worden ist — Berliner „Lokal-anzeiger“ und „Tag“ —, sagt ihrer Mitteilung, daß jenseits der politischen und wirtschaftlichen Situation in allen etlichen Jüngern völlige Ueberzeugung erregt worden sei, die folgende Resolution lautet:

Wir wollen annehmen, daß bei den getroffenen Entschlüssen die große Gefahr nicht übersehen worden ist, die der Ukraine vom Bolschewismus droht. Diese Gefahr, die leider nicht nur ökonomische Bedeutung hat, stellt gleichzeitig auch die politische Durchdringung des ungeschwundenen Lebenswillens der Ukraine in Frage. Die Gefahr, daß nicht unterjochung werden. Der vornehmste Instanz der Lebensmittel und Rohstoffe, von Kaspian, Kaspianer und jünger Meer ist für die Versorgung und Befriedigung des Krieges zu wichtig, als daß wir glauben könnten, er müßte bei den Entscheidungen im Krieges Zusammenhang nicht angemessen berücksichtigt werden. Wir fordern des notwendigen Vertrauen, daß die Oberste Herrschaft der politischen Entscheidung jede Gewähr für eine notwendig werdende Maßnahmen geboten haben wird.

Aus Wien kommt dazu eine beifällige Erklärung. Dem internationalen Sinne wird durch folgende Darstellung bestätigt:

Der Friede mit der Ukraine müßte gemacht werden, schon deshalb, weil bekannt, der Weg in die reichste Balkanamer-Oberstadt empfangen werden könnte. Unmöglich wird es gelingen, diese Lebensmittel zu liefern. Dieser Friede mit der Ukraine hat nur noch den Zweck, die Versorgung des Krieges zu erleichtern. ... Es würde ein Verstoß eingeleitet mit der Aufgabe, die Ukraine zu versorgen und zu befriedigen, in welchem Maße wir ihrer Hilfe zu leisten haben. Die Hilfe wird nicht nur in der Versorgung bestehen, sondern auch militärischer Mittel bestehen. Eine militärische Unterstützung

würde erforderlich sein, falls die Stapelplätze und Ankerpunkte des Landes gegen Land, Einbrüche und bolschewistische Angriffe geschützt werden müßten. Es handelt sich hier um kein militärisches Bündnis, sondern um eine gemeinsame Organisation des Sicherheitsdienstes und Aufbringung des Geldes.

Der Streitfriede mit der Ukraine führt die Mittelmächte also wahrscheinlich in einen neuen Krieg hinein.

Aus dem Frieden mit England ist vorläufig nur die einseitige Beendigung des Kriegszustandes geworden. Die Verhandlungen mit Rumänien haben noch nicht begonnen können. Der Friede mit der Ukraine wird vom Krieg zusammen der Ukraine und unserer Lebensmittellieferung abgelehnt. Die Polen gehen in die härteste Kampfstellung gegen die Mittelmächte wegen des Cholmer Landes über.

Die politischen Fragen entwickeln sich nicht, sondern werden immer verwickelter. Am 25. Dezember des Vorjahres sah alles anders aus. Der 27. Dezember mit der deutschen Interpretation des Selbstbestimmungsrechts hat die erste Wendung und Wendung gebracht. Seitdem hat sich vieles geändert, so daß wir heute vor der Gefahr stehen, daß der Friede mit der Ukraine mit dem Waffen verweigert werden wird. Aus dem Streitfriede wurde der Streitfriede.

Das aber müßte politische Folgen auslösen, die noch unvorstellbar sind. Denn der Ruf, die Mittelmächte wollten durch ihre Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten die Gesamtorganisation der russischen Revolution gefährden, würde in England auch außerhalb der bolschewistischen Kreise Glauben finden. Die Bolschewisten würden nicht gelächelt, sondern verpöbelt werden. —

Aus Russland.

Die Umarmung der Eisenbahnen.

In Zusammenhang einer Sitzung des Reiches der hochwürdigen Duma-Kammer Sitzung über die Umarmung der russischen Eisenbahnen trat der Minister des Innern, Sazonov, auf, um die notwendige Regierung den anderen notwendigen Maßnahmen vorzuschlagen, in der Angelegenheit gemeinsamem anzufragen. Spanien hat sich im Prinzip dazu bereit erklärt, den den spanischen Eisenbahnen und der Schweiz nach demselben Muster vorzutreten. Inzwischen hat der russische Senat die Entscheidung gegen alle Forderungen der Eisenbahnen, durch die notwendigen Maßnahmen geschützt werden, Protest eingelegt. Der Senat hat sich im Rahmen seiner Regierung den Duma unterstützen, Schutzmaßnahmen zu verlangen. —

Die Demobilisierung.

Das „Lokal-Anzeiger“ meldet die „Lokal“ und Reichstags, ein Gesetz der Demobilisierung vom 14. Januar an.

daß die Demobilisierung des Heeres bis zum 15. März durchzuführen sei. Von diesem Tage an würden alle Zahlungen und Löhne an die Armee eingestellt. —

Überprüfung der deutschen Wirtschaftskommission?

Die unter Führung des Gesandten Grafen Mirbach in Petersburg weilende Kommission, die über wirtschaftliche Angelegenheiten und über den Gefangenenaustausch verhandelt, wird voraussichtlich abberufen werden, weil angeblich die Verhandlungen auf immer größere Schwierigkeiten stoßen. —

Der Friede mit der Ukraine.

Wie jetzt bekannt wird, hat die bolschewistische Regierung eine Verständigung mit der Ukraine und den Randbüffern angestrebt; auch dem Friedensschluß hat sie sich aber für einen Kampf bis aufs Äußerste entschieden. Die maximalistische Regierung will die Zentralrada stützen, eine Sowjetregierung einsetzen und den Friedensschluß der Ukraine mit den Mittelmächten für ungültig erklären lassen. —

Mit Ideen ...

Prinz Max von Baden, der Thronfolger des Großherzogtums und Präsident der badischen Ersten Kammer, hat kürzlich bei Eröffnung seines Parlaments eine Rede gehalten, die wegen ihrer in Deutschland nicht alltäglichen Gedankengänge einiges Aufsehen erregte.

Jetzt hat derselbe Prinz sich wieder zu den stehenden politischen Fragen geäußert, insbesondere zu Wilsons und Lloyd Georges letzten Reden. Doch sind diese Parteien weniger wichtig als einige andre, die das innere Schicksal Deutschlands betreffen und sich ganz erkennen gegen die — Vaterlandspartei wenden. Der Prinz sagte:

Frankreich proklamierte ein Weltenschiedsgericht, das er herbeiführen will. Gegen Ideen muß man auch mit Ideen kämpfen. Wir müssen der Weltordnung Trost geben, die die Freiheit gerührt, eine Weltordnung entgegenzusetzen, die die Freiheit schützt. Deutschland soll es gewagt bekennen, daß es das Glück und das Recht anderer Völker in seinem nationalen Willen anerkennen. Unser Name darf nicht nur innerhalb unserer Grenzen einen guten Klang haben. Hier darf Deutschland nicht auf die moralische Weltgeltung verzichten. Das heißt einen Friedensfrieden anstreben.

Als zweite Sicherungsmaßnahme ist es notwendig, daß wir unsere deutschen Organisationen so gesund und widerstandsfähig wie möglich machen. An und für sich sind alle Bedingungen dafür gegeben.

Schließlich wendet er sich gegen die Versuche, wieder den roten Lappen der Reaktion gegen die Arbeiter zu jähren:

Die große Masse des arbeitenden deutschen Volkes wehrt sich mit einem festen und gesunden Instinkt gegen den Versuch, Deutschlands Verteidigungskraft zu schwächen. Darum schenke ich die Agitation, die darauf hinczielt, breite Schichten unserer Bevölkerung als unpolitisch zu brandmarkieren und zu

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 41.

Magdeburg, Sonntag den 17. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Geger Disziplinlosigkeit.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes veröffentlichte eine scharfe Erklärung gegen die Zahlstellen Braunschweig, Mügeln und Klauenischer Grund, die sich den Beschlüssen des jüngsten Verbandstags nicht fügen wollen. Der Verbandstag hatte beschlossen, daß alles Eigentum der Zahlstellen der Handeigentum sei; löse sich eine Zahlstelle auf oder trenne sie sich vom Verband, so habe der Verbandsvorstand Verfügungsgewalt und Kontrolle über alle Vermögen, Wertgegenstände und Sachwerte und das Recht zu strafrechtlicher Verfolgung aller derer, die sich solches Verbandseigentum anzueignen versuchten. Demgegenüber haben die Zahlstellen Klauenischer Grund und Mügeln beschlossen, die Gelder am Orte nur der Verfügung durch die örtliche Generalversammlung unterliegen, auch für den Fall, daß diese sich vom Gesamtverband lössage; die Ortsverwaltung soll bei, anderen gewählten Bevollmächtigten für den Verbleib dieser Gelder Wachen post und Verantwortung schulden. Dieser Beschluß soll so lange gelten, als „der gegenwärtige Vorstand, insbesondere der Vorsitzende (Reichstagsabgeordneter Brey), in Verbindung mit der Generalkommission die den Mitgliederinteressen entgegengekehrte Politik fortsetzt“. Diese Aufsehnung gegen die Beschlüsse des Verbandstags, der obersten Instanz, geht also aus „Unabhängigen“-Tendenz hervor und ist um so verwerflicher, als die Beschlüsse des Verbandstags nahezu einstimmig gefaßt worden sind und auch dem Vorstand nahezu einstimmig Entlastung gewährt wurde.

Nach deutlicher ist der parteipolitische Charakter des Konflikts in Braunschweig. Die Braunschweiger Zahlstelle hatte die Mitglieder Gelpke und Ohlendorf, Führer der sozialdemokratischen Parteibewegung in Braunschweig, aus dem Verband ausgeschlossen. Vorstand, Ausschuß und Verbandstag, als höhere Instanzen, haben diesen Ausschluß für gänzlich unberechtigt erklärt. Gleichwohl will Braunschweig sich nicht dazwischenfügen, diese Gegner der Unabhängigen als Verbandsmitglieder anzuerkennen. Gegenüber solchen Willkürlichkeiten erklärt der Vorstand, daß nur die Beschlüsse des Verbandstags Geltung haben, und mahnt zur Disziplin.

Unabhängige greife auf die Gewerkschaften. Es vergeht fast keine Woche mehr, in der nicht eins der führenden Gewerkschaftsblätter sich gegen Verleumdungen der Unabhängigen wehren muß. Diesmal ist es der „Grundstein“, der sich gegen die „Leipziger Volkszeitung“ unter der Überschrift wendet: „Die Fälscher an der Arbeit.“ Die „L. V.“ hatte dem Redakteur des Blattes, Ellinger, nachgefragt, daß er jetzt endlich erkannt habe, wie schwere Opfer der Krieg den Arbeitern, Angestellten und Handwerkern auferlege. Demgegenüber weist Ellinger nach, daß er schon vom Jahre 1915 an im „Grundstein“ fortwährend auf den Rückgang des Reallohns und die Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen hingewiesen hat.

Dem Bauarbeiterführer Winnig hatte die „L. V.“ untergeschoben, er sei klipp und klar für eine Herabsetzung der Löhne eingetreten, damit die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre frühere glänzende Stellung auf dem Weltmarkt zurückerober. In Wahrheit hatte Winnig gerade umgekehrt geschrieben, daß die Arbeiter zwar im Interesse ihrer Lohnpolitik raschen Wiederaufbau der deutschen Industrie wünschen müßten, daß dies aber nicht auf Kosten des Arbeitslohns geschehen dürfe, sondern nichts anderes übrigbleibe, als der Überlegung zu rationeller Betriebsmethoden. Die Fälschung der „L. V.“ nennt der „Grundstein“ eine so erbärmliche Klampfenweise, daß sie jeden anständigen Menschen anwidern müsse.

Urabstimmung im Tabakarbeiter-Verband. Der Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes unterbreitet den Mitgliedern eine Vorlage über die Neuregelung der Beiträge und Unterprüfungen, über die in der Woche vom 3 bis 10. März durch Urabstimmung entschieden werden soll. Die neuen Beiträge sollen 35, 50 und 75 Pfg. in der Woche je nach der Einkommenshöhe betragen.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Lehrungszulage, eine „freiwillige Leistung“. Der Kaufmann Hoffmann in Fa. Anton Junke hier hatte seinem Personal ab September vorigen Jahres eine Lehrungszulage gezahlt. Weil ihm aber eine Anzahl Würste gestohlen worden sind, zahlte er die Lehrungszulage im Januar nicht mehr. Er soll sich geäußert haben, daß er sich an Stelle der 108 Würste einen Schinken im Werte von 400 Mark kaufen müßte und deshalb die Extravergrütung nicht zahlen könnte. Der Besichtigte J. bzw. dessen Vater war mit dem Abzug nicht einverstanden und erhob Klage auf dem Gewerbegericht. Der Beklagte bestritt die rechtliche Forderung der Klägerin. Die Lehrungszulage sei eine freiwillige Leistung seinerseits, zu deren Zahlung er nicht gezwungen werden könne. Der Abzug wäre auch ohne den Diebstahl erfolgt, da der Geschäftsgang ein solcherer geworden sei. Im übrigen bestritt er auch die Anzahl der gestohlenen Würste. „So viel habe er überhaupt noch nicht auf einem Haufen gesehen.“ Auch käme die Zubehaltung als Dieb überhaupt nicht in Betracht, da die Vorratskammer mit einem Geschäftsschlüssel geöffnet worden sei, den das Personal der Zubehaltung nicht erreichen könnte. Die Klageforderung betrug 10 Mark, die auf Kosten der Klägerin abgewiesen wurde, weil eine rechtliche Forderung auf die freiwillig geleistete Extravergrütung nicht besteht.

„Uns Prinzip“. Die Arbeiterinnen Sch. und P. waren beim Kaufmann Siebert hier mit Sädesäcken im Affard beschäftigt. Weil sie die Säde schlecht gefüllt haben sollen, wurde ihnen der verdienten Lohn von 2,10 Mark und 2,35 Mark abgezogen. Die Arbeiterinnen waren mit dem Lohnabzug nicht einverstanden und erhoben Klage. Ihre Forderung war um so berechtigter, weil sie sich erhoben hätten, die angeblich schlecht gefüllten Säcke auszuwechseln. Dieses Verlangen konnte die Beklagte nicht erfüllen, da die Säde mit andern durcheinander geworfen worden waren. Dennoch ließ es der Beklagte um dieser geringen Beträge willen auf eine Klage antworten, und zwar, wie sein Vertreter erklärte, weil es sich „uns Prinzip“ handle. Nach längerem Zureden des Vorsitzenden zahlte er dann im Vergleichsweg an die Klägerinnen je 2 Mark.

Ein Geständnis auf dem Sterbebett. Der Gastwirt J. hatte Frau G. als Büfettiere gegen Umgehungsprovision für seine Gastwirtschaft angenommen. Laut Vertrag konnte das Verhältnis während der Kriegsdauer nicht gekündigt werden. Weil aber Frau G. einen unstillbaren Lebenswandel gewünscht haben soll,

wurde sie ihres Postens enthoben. Sie bestritt die Berechtigung der Kündigung und deren Motive. J. klagte auf dem Gewerbegericht auf Aufhebung des Vertrags und führte als Beweis für den unstillbaren Lebenswandel der Büfettiere die Aussage eines verstorbenen Eisenbahnbeamten an. Dieser Beamte hatte seiner Frau auf dem Sterbebett gestanden, daß er mit Frau G. unstilllichen Verkehr gehabt habe. Die Frau hatte ihrem Mann, der nachts hindurch nicht zu Hause gekommen war, aufgelauert und gesehen, daß er nach Schluß des Lokals von hinten in das Bett gegangen sei. Erst am andern Mittag sei er nach Hause gekommen. Auf dem Sterbebett habe er ihr dann seine Verhehlung gestanden. Die Frau wurde als Zeugin vernommen und verurteilt. Dennoch bestritt Frau G. entschieden die ihr zur Last gelegte Verhehlung. Auf dringendes Zureden des Vorsitzenden willigte sie doch in folgenden Vergleich: Der bisherige Vertrag wird aufgehoben. Das Verhältnis kann nach Ablauf einer vierjährigen Kündigungsfrist zum Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt werden. Der Kläger war mit dem Vergleich auch einverstanden.

Wegen „Aufwiegelei“ zum Streit wurde die Zigarettenarbeiterin K. nach 8jähriger Tätigkeit bei dem Zigarettenfabrikanten Hirsch plötzlich entlassen. Da keine Kündigungsfrist vereinbart worden war, kam die gesetzliche Bestimmung, also eine 14tägige Kündigungsfrist, in Frage. Die Arbeiterin hält die Entlassung für ungerechtfertigt und klagt auf Zahlung einer Lohnentschädigung in Höhe von 54 Mark und Ausstellung eines Zeugnisses über Art, Dauer, Führung und Leistung. Die Verhandlung ergab klar die Grundlosigkeit der Entlassung. Eine neu angestellte Betriebsarbeiterin hatte das Bedürfnis, zwecks besserer Ausnutzung der Arbeitskräfte ein Akkordsystem einzuführen. Naturgemäß hatten die Arbeiterinnen das Bedürfnis, über die Änderung der bisherigen Arbeitsbedingungen untereinander zu reden. Weil nun die langjährigen Arbeiterinnen gegen die Änderung waren, wurden sie als Aufwiegler und Hezer bezeichnet und aus dem Wege geräumt. Solche Zwangsmaßnahmen erzeugen gewöhnlich böses Blut und das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes. Das erfuhr auch Herr Hirsch. Die Arbeiterinnen verließen eine nach der andern ihren Betrieb, und er war gezwungen, sich neue, ungeübte Kräfte zu suchen. Da die Betriebsleiterin als seine Vertreterin vor Gericht die grundlose Entlassung der Klägerin nicht zugeben wollte, wurde sie durch Urteilspruch befehrt, daß die Firma unecht gehandelt habe. Dem Klageantrag der Klägerin wurde stattgegeben.

„Unverschuldet“. Eine wöchentliche Lohnzulage von 5 Mark hatte der Möbelhändler Behring dem Kutscher Sch. schriftlich zugesichert unter der Bedingung, daß er die Stellung nicht unverschuldet verlasse. Für 15 Wochen hatte Sch. also 75 Mark zu bekommen, die er bei seinem freiwilligen Abgang forderte, aber nicht erhielt. B. ist der Meinung, daß die Zulage lediglich zu dem Zwecke gegeben worden sei, den Kutscher recht lange an seine Arbeitsstelle zu fesseln, damit er bei seinem Eintritt zum Militär einen Spargroschen habe. Durch seinen freiwilligen Abgang habe er das Recht auf die Zulage verwirkt. Das Gericht war der gleichen Meinung wie der Beklagte. Auf Intervention des Vorsitzenden erhielt aber der Kläger im Vergleichsweg 10 Mark, womit er sich unter den gegebenen Umständen auch zufrieden gab.

Provinz und Umgegend.

Bodentwucher.

Die gewaltigen Kriegsgewinne, die strubbellose Säbeler zu Millionen machen, wirken für das Volk, fortzujugend Böses gebärend, über den Krieg hinaus. In wahnwitziger Weise treiben sie den Preis für Güter, überhaupt für Grund und Boden in die Höhe. Kriegsgewinnler legen in Rittergütern einen Teil ihrer Beute an und die „bodenständigen“ für die heimtückische Scholle kämpfenden Großgrundbesitzer steden schaumend Wuchererwinne ein und jahren dann, über das unchristliche und un-deutsche Treiben der — andern! Man braucht sich nicht darum zu kümmern, wenn sich die „bessere“ Gesellschaft gegenseitig bewuchert, sich um die dem Volke abgekauerten Gewinne herumbalgt und damit die Geschäfte erledigt wäre. Leider sieht es nicht so.

Aus den letzten Tagen wird z. B. mitgeteilt, daß ein Gut bei Benglin, das erst vor einem Jahre den Besitzer gewechselt hatte, nun mit einem Aufschlag von 600 000 Mark auf den vorherigen Preis, in dem sicher auch schon ein tüchtiger Kriegsgewinn eingeschlossen war, weiterverkauft worden sei. Der jetzige Kaufpreis betrug 235 Millionen Mark, der letzte Aufschlag mithin 33 Prozent des vor einem Jahre gezahlten Preises. Bei einem Verkaufsgehalt 600 000 Mark Verdienst. Dafür müssen annähernd 1000 Landarbeiter das ganze Jahr schwer schuften.

Weiter wird gemeldet, daß in der Mark Brandenburg und angrenzenden Gebieten Rittergüter zu einigermaßen normalen Bedingungen überhaupt nicht mehr zu haben seien. Es sollen sich Antauksphinditate gebildet haben, die bereits auf alle erreichbaren Güter die Hand legen. Dabei sind natürlich auch die Hände der früheren feudalen Besitzer ordentlich vergoldet worden.

Und nun hört man aus den agrarischen Zeitungen und Interessentenverbänden großes Geschrei über die Notwendigkeit hoher Schutzgölle, weil sonst die deutsche Landwirtschaft bei den hohen Erzeugungskosten nicht bestehen könne. Sogar gegen Österreich-Ungarn und andre Verbündete sollen Zollschranken aufgerichtet bleiben, vielleicht noch erhöht werden. Also erst wird das Volk durch Steigerung aller Preise gründlich ausgebeutet, der Gewinn dient dazu, die Preise für Grund und Boden tüchtig hochzutreiben, und dann sollen Schutzgölle dafür sorgen, daß für die erhöhten Güterpreise auch wieder ordentliche Gewinne gesichert bleiben. Das deutsche Volk soll doch erfahren, daß es sehr „temer“ deutschen Boden verteidigt, dafür gekämpft und gekämpft hat. Alles muß eben seine kapitalistisch geregelte Ordnung haben.

Gutsherr und Lehrer.

Ein merkwürdiger, kaum glaublicher Fall gutsherrlicher Anmaßung gegenüber einem Lehrer hat in jüngerer Zeit, wie wir den Mitteilungen des Deutschen Lehrervereins entnehmen, vor dem Kriegsgericht seinen Abschluß gefunden. Der Gutsherr, dessen Name leider nicht genannt ist, war der Meinung,

er könne von dem Lehrer des Ortes den Gruß verlangen, zumal als Schulvorstandsmitglied. Zu wiederholten Malen war es bereits durch seine Schuld zu unliebsamen Auftritten gekommen, so daß sich der Lehrer schließlich genötigt sah, ihm schriftlich mitzuteilen, daß er sich ihm gegenüber in Zukunft der Höflichkeitform des Grußes entziehen wolle. Er unterließ es, denn auch, ihn bei einer neuerlichen Begegnung zu grüßen, worauf der Gutsherr seinen Wagen halten ließ und dem Lehrer in Gegenwart von Zeugen androhte, er werde ihm durch seinen Kutscher, einen russischen Kriegsgefangenen, ein paar „runterhauen lassen“. Er hatte kein Gefühl dafür, daß Androhung von Schlägen gegenüber einem Erwachsenen, und wäre es der niedrigste Tagelöhner, als schwere Ehrverletzung erachtet, fühlte auch nicht, obwohl er Offizier ist, wie sehr er durch die Androhung der Bückigung durch einen feindlichen Kriegsgefangenen auch den Nationalstolz des Beleidigten verletzte. Dem Lehrer gegenüber glaubte er sich als Gutsherr zu einem Verhalten berechtigt, wie es in den Zeiten der Herrschaft den Gutshöfen üblich gewesen sein mag. Das Kriegsgericht erachtete ihn der öffentlichen Beleidigung unter erschwerenden Umständen für schuldig und hielt deshalb eine Geldstrafe von 11 Mark für angemessen. Daneben ist dem Beleidigten die Befugnis zur Befantgabe der Verurteilung zugesprochen worden.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Hiederig, 16. Februar. (Sauerkraut.) Auf Abschnitt 7 der Lebensmittelliste wird Sauerkraut verabsol. Die Abschnitte sind bis zum 18. Februar in den Handlungen abzugeben. Später ist der Abschnitt wertlos.

Burg, 16. Februar. (Sozialdemokratischer Verein.) Der Reich der Vereinsversammlung am Donnerstag wurde offenbar durch die Gasipette, die am Vorabend schon um 7 1/2 Uhr einströmte, unangenehm beeinflusst. Der Bericht über die Tätigkeit unserer Stadtverbände wurde abgelehnt. Die Abrechnung vom 4. Quartal schloß in Ertrahme und Ausgabe mit 464,64 Mark. An die Kreisliste sind 200 Mark abgeleitet. Die Revisoren berichten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Die Beschlüsse über die vom Bezirksvorstand geplante Beitragserhöhung verursachte einen regen Meinungsaustrausch. Die Gründe, welche für Beitragserhöhung sprechen, sind so stichhaltig, daß eine Ablehnung fast unmöglich erscheint. Es soll aber mit dieser Erhöhung die Gründung einer Sterbekassen-Zusammenkunft verbunden werden. Die nächste Versammlung soll sich mit diesem Punkt besonders beschäftigen. Die Lebensmittelliste in dieser Stadt gab wieder eine recht erregte Aussprache. In dieser wurde auch auf die Unzumutbarkeit der Einmischung in Schwarz- und Schmelzarbeiter hingewiesen. Denn da alle Arbeitenden unter dem Mangel an Nahrungsmitteln schwer leiden, kann diese Unternehmung nur zu Differenzen unter den Arbeitern selbst führen. Diese zu vermeiden, muß aber im allgemeinen Interesse liegen. Weiter wurde gewünscht, daß wieder eine öffentliche Versammlung abgehalten werden soll. Ebenfalls, daß die Mitglieder des Vereins sich mehr als bisher um die Gewinnung neuer Mitglieder bemühen müssen.

(80 Zentner Del vernichtet.) Auf dem Lagerplatz der Firma Heinrich Erusch am Bahnhof war am Freitag vormittag die „Neuen Nachrichten“ mitteilen, gleich nach 9 Uhr dadurch ein Brand entbrannt, daß man unter dem 300 Zentner fassenden rohes Maschinendel enthaltenden Kesselwagen Feuer anzündete, um das erkrankte Del flüssig zu machen. Hierbei lag das auslaufende Del Feuer, welches sich den Holzstreifen des Kesselwagens und auch dem dort stehenden Holzstapel mitteilte. Eine kurze weithin sichtbare Rauchföhne zog zum Himmel. Durch Auswerfen von Sand auf das brennende Del und Abdecken der brennenden Holzstapel war die Gefahr bald beseitigt. An den Abdeckungsarbeiten beteiligten sich auch mehrere Feuerwehrleute. Vernichtet sind etwa 80 Zentner Del.

Wahlkreis Wanzleben.

Langenweddingen, 16. Februar. (Von der „Milchherforgerung“.) Eine Anzahl Kinder unter 2 Jahren bekamen einige Tage ihre von der Gemeindefeigeleite Nation stark gefürzt und eine Anzahl die über 2 Jahre alt sind, bekamen an diesen Tagen gar keine Milch. Die Milchorte konnten ihnen gar nichts helfen. Grund der Milchentzuehung: Im Hause es betreffenden Gutsherrers der die Milch zu liefern hatte, wurde eine bedeutungsvolle Familienfeier abgehalten, also brauchte man die Milch selbst. So sei und stört es nicht die Milchversorgung selbst für Kinder. Ein Familienfest kann sie teilweise ausheben.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 16. Februar. (Diebereien auf der Straße.) Die Landstraße mit 2 Mark Inhalt wurde Donnerstagabend in der 9. Stunde in der Hohenzollernstraße einem jungen Mädchen von zwei jugendlichen Burden entrissen. Während der eintreffende Vater schnell mit seinem Kinde in der Dunkelheit verschwand, hörte es der andre gar nicht so eilig, erst durch das Hinzukommen eines Mannes druckte er sich zur Flucht nach der im Dunkel liegen ein Wilhelmstraße. Jedenfalls durch den ersten Erfolg dreist gemacht, warteten sie in der Nähe der Bahn auf weitere Beute, denn gegen 11 Uhr erwissten sie einer Streifenfrau die Handtasche mit 16 Mark. Durch ein Eingreifen der beiden Burden erzielten die Verurbeien ihr Eigentum zurück.

(Eier) müssen die Hühner in der Stadt Leven, denn die Hühnerhalter sollen bis 14. März pro Huhn sechs Eier an die Ortsammehalle abgeben. Bezahlt wird an dieser Stelle jedes Ei mit 25 Pfg.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernburgerode.

Halberstadt, 16. Februar. (Kerings-Verkauf) am Montag den 18. Februar und folgende Tage bei mitter aufgeführten Kaufmännischen Lebensmittelliste 2 20 Nr. 1-801 bis 1400 auf jeder Seite 2 Mark. Preis für das Fund 1.10 Mk. D. Garwig, Quodlinburger Straße 15; D. Hager, Markt 2; R. Heine, Spitzgasse 57; G. Heine, Quodlinburger Straße 139; W. Heller, Seidenstraße 12; G. Hempel, Domänenstraße 19; D. Heude, Poststraße 9; G. Heude, Seidenstraße 4; A. Heide, Bernburger Straße 32; W. Heide, Seidenstraße 33; August Jäger, Poststraße 32; G. Heide, Seidenstraße 21.

(Steuern zahlen.) Die für die 3. Quart vom 1. Januar bis 31. März (1. Vierteljahr des Steuerjahres 1917) rückständigen auf den Steuerzetteln verzeichneten Steuern und Abgaben sind bis zum 18. Februar 1918 an die hiesige Steuerbehörde (H. v. Janda Nr. 2, Grabgasse) zu entrichten. Schriftliche Nachfragen sind nicht stat.

(Kassabgabe) erfolgt für die Kassawarten Reihen 17 und 18 Nr. 8001 bis 8600 in den Kassabüros der 15. und 16. Straße des Landes bis 18. Februar über die Kassawarten.

Wernigerode, 16. Februar. (Die Verwaltung der Härtlichen Gas- und Wasserwerke) macht bekannt, daß die Einzahlungen der Interessenten des Flußwasserwerks für das Rechnungsjahr 1908 vom 1. bis 26. Februar im Bureau zur Einrichtungsstelle, Einzahlungen sind innerhalb 3 Monaten anzubringen. Die Beiträge gelangen im April und Oktober je zur Hälfte zur Einziehung.

(Eindruck.) Einem Arbeiter im Papenial wurde in einer der letzten Nächte das ganze Ergebnis einer Schweinefleischmahl im Gewicht von 150 Pfund gestohlen. Die Diebe ließen in einer großmühtigen Anwendung ein paar Ferkelknochen zurück.

(Es zieht nichts mehr!) Die hiesige Ortsgruppe der Vaterlandspartei hatte sich als Gastkraft den Marinepartei Wangemann zu einem Vortrag: „Wie kommen wir am schnellsten zum Frieden?“ kommen lassen. Die Gendarmen hatten diesmal den größten Saal im Ort gemietet. Die „Wernigeröder Zeitung“, ein angesehenes Organ dieser Partei, schreibt darüber, daß der Saal nicht voll besetzt war, und kann nicht begreifen, daß auch gebildete Kreise „solchen Vorträgen“ fernbleiben. Sie hätten anscheinend nicht den Mut, ihre Zustimmung zu „einem starken Frieden“ öffentlich zu bekunden. Wir schätzen diese Kreise höher ein, indem wir annehmen, daß sie von der struppeligen Agitation der Vaterlandspartei, die vor nichts zurückzuckt, abzuweisen werden. Daß die Arbeiterschaft dringenden Beschlüssen freudig ist, ist etwas Selbstverständliches und braucht nicht besonders registriert zu werden. Auf die Ausführungen des Referenten, die sich in nichts von den alldeutschen Phrasen unterscheiden, einzugehen, erübrigt sich.

(Herabsetzung der Brotgetreideration.) Seit Befehlsmäßigkeit des Landrats kommt auf den Kopf des Selbstverwärters vom 15. Februar an nur noch 6 1/2 Kilogramm Brotgetreide. Hoffentlich bewahrt sich das Getreide nicht, nachdem in nächster Zeit auch die Brotkosten wieder vermindert werden soll.

(Der Kleinhandelschuldpreis) für Braunkohlen-Produkte in auf 220 Mark pro Tonne ab Händlerlager festgesetzt. Hoffentlich achtet das Publikum streng auf Hochpreisbehaltung und bringt Lieferungen unerschütterlich zur Anzeige.

Wahlkreis Halbe-Weberleben.

Schönebeck, 16. Februar. (Entkommen) ist ein Dieb, welcher in der Besatzungsstadt am Donnerstag von einem Polizeibeamten festgenommen werden sollte. Bei der Festnahme entstand ein Handgemenge, wobei der Dieb die Scheinwaffe benutzte und der Beamte verletzt wurde. Der Dieb ist jetzt trotz des einzigen Line-Bewegungen entlassen zu haben.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 16. Februar. (Kriegsausgleich für Konsumenten-Interessen.) Nach längerer Pause hielt der Ausschuss am Donnerstag Abend wieder eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, Stadtrat Arnold, eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf den Friedensschluß in Osnabrück und die damit verbundenen Aufgaben der Konsumenten-Interessen. Er sprach über die Bedeutung der Konsumenten-Interessen für die Volkswirtschaft und die Notwendigkeit, die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Er sprach auch über die Bedeutung der Konsumenten-Interessen für die Volkswirtschaft und die Notwendigkeit, die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Er sprach auch über die Bedeutung der Konsumenten-Interessen für die Volkswirtschaft und die Notwendigkeit, die Interessen der Konsumenten zu vertreten.

(Die Herstellung von weißer Seidware) für Stendal in der Zeit vom 15. Februar bis 17. März ist den Konsumenten sehr, sehr und sehr zu wünschen.

Langensalza, 16. Februar. (Getreidemangel.) Auf der Festversammlung für Getreide kann wegen der geringen Lagerbestände nur 1 Liter ausgegeben werden.

Langensalza, 16. Februar. (Anmeldung zur Landwehr.) Die Landwehrangehörigen des Jahrgangs 1901, die in der Zeit vom 1. bis 31. Januar geboren sind, haben sich bis zum 17. d. M. dem von 8 bis 10 Uhr im Rathausamt, Zimmer 1 des Rathauses in Stendal zur Anmeldung zu melden. Die Anmeldung ist bis zum 17. d. M. in der Wohnung des Gemeindevorstandes möglich.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 16. Februar. (Die Kriegsgefangenen.) Die Arbeiterin A. H. von hier ist wegen Verstoßes mit Kriegsgefangenen mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden.

(Billige Zigaretten.) Auf dem Staatsbahnhof ist vor kurzer Zeit eine Kiste nach dem Namen, die zum Verkauf gebracht werden sollte. Bei der Durchsicht der Kiste entdeckte man darin Zigaretten, die noch nicht verpackt waren. Er wurde daraufhin die Kiste mit Inhalt beschlagnahmt. Die Zigaretten sollen über die Grenze geschmuggelt worden sein.

(Zusammenkunft der Gardelegen.) Während in den ersten Kriegsjahren nur ein Mal wie ausgetrieben war, scheint sie jetzt in Bergungssachen ebenfalls einen Ausschuss zu nehmen. Während sonst die Zweiergesellschaft wöchentlich zweimal spielte, wird jetzt dreimal gespielt und das Schachspielverderber veropfert seine Spielzeit auf 6 Tage. Gar oft kommen noch auswärtige Unternehmern, so daß in Gardelegen kein Abend mehr ohne Bergungssachen ist. Zu verwundern ist dies gar nicht, denn die Bergungssachen sind durchweg sehr ausverkauft.

(Abtreibung.) Gegen eine Anzahl Frauen aus hiesiger Stadt sowie aus der nächsten Umgebung schwebt ein Unterdrückungs wegen Verstoßes wider das keimende Leben, die jedoch zum größten Teile noch nicht abgehandelt sind. In der letzten Strafverurteilung wurden nun bereits die Ehefrauen Jda S. zu 7 Monaten, Hulda S. und Lina S. zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

(Ernährungsfragen.) Die Gemeinde- und Gutsherrn sind am Donnerstag zu einer Versammlung eingeladen in der über Ernährungsfragen gesprochen werden sollte. Zu dieser Versammlung waren auch Mitglieder des Ernährungsausschusses berufen. Der Landrat von Alvensleben eröffnete die Versammlung und sprach über den Ernst der Lage. Der Landrat will alles abgeben, was abgegeben werden kann. R. von Roos (Alth.) verurteilte die Wucherpreise und den Schleichhandel. Man soll die Ware nicht um mehr Geld zu erhalten, vielmehr verkaufen und diese so den Leuten mit dem großen Geldbeutel zuführen, sondern soll die Ware an die vorzuziehenden Eltern abgeben, damit sie der Allgemeinheit zugute kommen kann. Gutsherr Herrmann (Vierau) trat auf aller Kraft dafür ein, daß die Waren nicht alles abliefern müssen, was nur geringe, man müßte sich einmal die Schwerindustrie ansehen. Nahrungsmittel müßten erst Tage von 50 bis 70 Grad den ganzen Tag durchgehen und die Verkäufer müßten in der Tiefe mit allen Kräften zum Gelingen des Wagens beitragen. Diese Leute opfern noch viel mehr, darum müßten sie auch arbeitsfähig erhalten werden. Es war wieder noch einige von der Kriegswirtschaftsstelle, deren Ausführenden einreden ließen, daß es beizumittel nicht zu reichlich vorhanden sind, und daher noch weiter mit dem Warten müßte.

Weierlingen, 16. Februar. (Gehobene Schule.) Zu Offern werden gehobene Klassen eingerichtet. In diesen soll in den Offern und Mädchen die später bevorzugte oder selbständige Stellen in Handel, Kunst, Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft sowie in den Berufen im Staats- und Gemeinwesen, größeren Industrie- und Handelsgeschäften einnehmen wollen, eine geistige Ausbildung gegeben werden. Gleichzeitig soll die neue Schulanstaltung Kinder für höhere Schulen und Mädchenanstalten vorbereiten und diesen in dem vorerwähnten Bereich der gehobenen Klassen Erfolg für 4 Jahre der Realschule und 2 Semestern eines Systems in einem dreijährigen Besuch Erfolg für 3 Jahre des Gymnasiums bieten. Ausgenommen werden Kinder, die bereits 4 Jahre die Realschule besucht haben. Besonders begünstigte Kinder können schon nach dreijährigem Volksschulbesuch aufgenommen werden. Das Schulgeld ist, auch für Auswärtige, auf 150 Mark festgesetzt. Anmeldungen werden bis zum 25. Februar beim Rektor Jannas in Weierlingen angenommen.

Kleine Chronik.

Eine Familie durch Konjunktur vergiftet.

Am Freitag vormittag fanden Bewohner des Hauses Hofstraße 2/3 in Berlin eine im selben Hause wohnende Kriegerverwundete Martha Thormann krank im Bette liegend vor. Sie hielt ihre jährliche Tochter Elisabeth in den Armen, während ihr spätkindlicher Sohn Willi auf dem Fußboden lag. Beide Kinder waren, wie ein jenseitig herbeigerufenen Arzt feststellte tot. Frau Thormann selbst war nicht mehr lebend, eine Auskunft zu geben. Ihr Körper war vollkommen angequollen und ständiges Krachen machte ihr jede Bewegung. Der Arzt fand in der Wohnung noch Leberreste einer Kohlenwasserstoffmahlzeit vor, die aus Konjunktur zubereitet war. Der Arzt stellte fest, daß diese Gemischtheorien verborben waren, und daß die Familie das Opfer einer Vergiftung geworden war.

Ein ganzes Dorf verbannt.

Die fünfzehn Häuser der Gemeinde Klein-Pampau in Schlesien-Hohleia verließen ihre Grundstücke mit Landbesitzern, im ganzen etwa 1500 Morgen an eine industrielle Gesellschaft in Pommern. Als Kaufpreis wird annehmbar eine Million Mark genannt. Die Grundbesitzer der Gemeinde verließen den jetzigen Besitz bis ein Jahr nach Beendigung des Krieges.

Was man einem Leutnant schenkt.

Der Operntheaterdirektor Breit im Salzburger Stadttheater hat zu seinem Dienstjahr geschenkt bekommen: Sechsen Paar Schuhe, drei Anzüge, 5 Ringen, 2000 Kronen Kaffee, 2000 Kronen Barggeld, einen Schmuckstein im Werte von 1200 Kronen, Ringsteine, eine Uhr, einen Schmuckstein, 2000 Zigaretten, eine 1 1/2 Meter lange Waffe, einen Schmuckstein und 51 Stück andre wertvolle Sachen. In seinem Dienstjahr haben sich Salzburger Mädchen am Tage zuvor um 10 Uhr ebenfalls angekleidet.

Der Ukrainer vor Gericht.

Der erste Fall der Anwendung des Friedensvertrags in der deutschen Rechtsprechung beschäftigte die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Wegen Entwendung von Sachen aus amtlichem Gewahrsam war der Kaufmann J. angeklagt. Der Angeklagte bestand sich als russischer Staatsangehöriger zuerst in Schutzhaft, war dann aber einer Berliner Firma zur Arbeitsleistung überwiesen worden. In dieser Zeit entwendete er auf einem Güterbahnhof einige Kisten Zigarren, die er weiterverkauft. Die Strafkammer erkannte auf 1 Jahr Gefängnis. Nach der Urteilsvollstreckung machte der Verteidiger darauf aufmerksam, daß der Angeklagte aus der Gegend von Cholm gebürtig, also Ukrainer sei. Er befand sich in Schutzhaft und sei deshalb als Kriegsgefangener anzusehen. Nach der Ratifikation des Friedensvertrags mit der Ukraine sei gegen den Angeklagten die Strafrechtspflege zugesichert, so daß der Angeklagte diese Strafe nicht zu verbüßen brauche, sondern an die Ukraine auszuliefern sei. Das Gericht beschloß, bezüglich dieser Frage weitere Erhebungen bei der zuständigen Staatsbehörde anzustellen.

Briefkasten.

- Zur Beachtung!**
- Briefliche Antwort wird nur in besonders gearteten Ausnahmefällen erteilt!
- Landsturmann A. S.** Die 5. März, die Ihre Frau erhält, leidet der Kreis als Zuschuß. Ihre Frau soll sich an Arbeitersekretär Brandenburg, Stendal, wenden.
- A. B. 100.** Sie werden sich wahrscheinlich verheiratet haben, denn nach den gemachten Angaben wären Sie unauflöslich.
- 100.** Reichstagsabgeordneter Otto Landsberg, Berlin-Friedenauer Südwesthof 72.
- St. 228.** 1. Netz. 2. Geld erhalten.
- Reservist G. und Wehrmann G.** Die Verhandlung wird weitergeführt. Nur wenn nicht auf Begnadigung erkannt wird und die Strafe nicht mehr als 6 Monate beträgt, wird sie erlassen.
- Landsturmann A. 7.** Baugenossenschaften verfolgen in erster Linie den Zweck, für ihre Mitglieder gesunde und preiswerte Wohnungen zu schaffen.
- St. 221.** Die Lösung für Vermittler ist nicht erhöht. Die Truppenteile können aber bei Bedürftigkeit einen höheren Betrag als die Lösung ausmachen, bewilligen.
- Kriegsbesitzer R. W.** Wenn Sie Ihre bürgerliche Kleidung tragen, haben Sie Anspruch auf Kleidergeld. Das beträgt seit 1. Oktober 1917 monatlich 20 Mark.
- G. 7.** Der Pachtvertrag ist rechtsgültig bis 1920. Der Käufer der Grundstücke muß den Vertrag ohne weiteres anerkennen und kann ihn von Ablauf der festgesetzten Zeit nicht kündigen.
- Streitende Feldgrane.** Darüber haben wir keine Angaben.
- M. W. 1. Ja. 2.** Wenn er nicht zurückkehrt, kann er auch nicht bestraft werden. Im übrigen kommt das darauf an, ob die Aufforderung nach Friedensschluß erfolgt, sich der Militärbehörde zu stellen. 3. Wägen Gebichte erhalten Sie in der Buchhandlung Volkstümlich.
- M. 13.** Für die Kriegs- und Verhüttungszulagen kann bei Kriegsbeschädigten zur Gründung eines eignen oder zur Erhaltung eines vorhandenen Bestandes eine Abfindung bewilligt werden. Der Antrag beim Bezirksamt zu stellen.
- A. K. 1.** Dem Stabsarzt wird Mitteilung gemacht. 2. Ja. Unteroffizier 500, Gemeiner 400 Mark.
- Erlass-Reservist G. W.** Ein Recht auf Urlaub existiert nicht. Jeder im Felde befindliche Soldat soll möglichst innerhalb eines Jahres einmal Urlaub erhalten. Stellen Sie erneut einen Antrag.
- Reservist A. H.** Die Eltern bzw. Schwiegereltern einer Kriegsverwundeten sind verpflichtet, für den Unterhalt zu sorgen. Die Frau muß Kriegsverwundeten erhalten, wenn sonst Bedürftigkeit vorliegt.
- Alter Abonnent.** Brief haben wir dem Reichstagsabgeordneten Stöckel übermitteln.
- Gefreiter F. L.** Solange Sie nicht zum Unteroffizier befördert sind, steht Ihnen die höhere Lösung nicht zu.
- A. G., Fernerleben.** Ja.
- St. G. 2.** Die Eltern des Vaters eines unehelichen Kindes sind zur Fortzahlung der Unterhaltsgelder nicht verpflichtet. Die bis zum Tode des Vaters fälligen Unterhaltsgelder müssen von seinem Erbe bezahlt werden.
- Kriegsbeschädigter.** 1. Die Strafe ist erlassen, wenn Sie zu der Zeit, in der die Strafe verhängt wurde, noch Soldat waren. 2. Den Antrag auf Rente können Sie auch später geltend machen. Es empfiehlt sich aber, es jetzt zu tun.
- Gefreiter Zeit.** Geld erhalten.
- Ein Leher aus Schönebeck.** Wenn Ihnen die Forderung der Wirtin zu hoch erscheint, können Sie gegen den Zahlungsbefehl Einspruch erheben und es zur Klage kommen lassen. Ob die Forderung der Wirtin berechtigt ist und ob Ihr Fachmann den Schaden richtig taxiert hat, können wir nicht beurteilen.
- B. P. 521.** 1. Die Besitzerin eines Wohnhauses in einer Landgemeinde kann ihr Stimmrecht bei der Gemeinderatswahl nur durch einen von ihr bevollmächtigten männlichen Vertreter ausüben lassen. 2. Der Vertreter muß das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und dort keine Armenunterstützung beziehen. 3. Nur in einem Rebe. 3. Jakob ist immer gesund.
- Stahlfurt.** Geld erhalten.
- Marine-Feldartillerie-Regiment.** 1. Siebnacht war Gemeindevorstand. 2. Das ist unbedeutend.
- M. W. 100.** Wenn im Kreise Wangelben die Ablieferung des Lebens vorgezeichnet ist, können Sie von der Strafe nicht davon.
- Kogak 100.** Näheres darüber erfahren Sie auf dem Bezirksamt.
- Abnennert Hildebrand.** Die Einrichtung des Stabsamts durch Heise vom 6. Februar 1875 erfolgt.
- F. K., Taugerhütte.** Schurz- und Heiratsumfunden.

Der Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz  **Städtisches Wohlfahrtsamt Magdeburg**

Heute beginnt die

30. monatliche Hausammlung

Ihr voller Ertrag dient den deutschen Arme- und Marineheimen. Der segensreiche Zweck dieser Einrichtung ist von vielen hunderttausend dankbaren Kriegern anerkannt. Möge Magdeburgs Beitrag zur Förderung der Heimkehrer die alte Opferfreudigkeit unserer Mitbürger aufs neue bewähren.

Geben ist Pflicht!

Der Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz.

halten. Ueber die Kriegsziele muß in jedem Lande hart ge-
stritten werden; aber ich möchte jede Gelegenheit ergreifen, um
zu wiederholen, was ich in Karlsruhe ausgesprochen habe:
Wir müssen aufhören, bei unsern innern Auseinandersetzungen
beim politischen Gegner immer nach unpatriotischen Motiven
zu suchen; solche Anklagen dürfen nicht laut werden, sei es auch
nur als Waffe im Nebekampf.

Das könnten alle beherzigen, die es angeht!

In Hinblick auf die Kriegsziele der Entente erklärt der
Prinz, wer Vertrauen habe, daß seine eignen Ansprüche vor
seinem Volke bestehen, der könnte das Risiko der Verhand-
lungen auf sich nehmen. Da die Gegner aber nicht verhandeln
wollten, hätten sie die Schuld, wenn „die Hölle dieses Jahres“
noch einmal losgelassen werde.

Prinz Max sprach dann sympathisch von Lansdowne und
meinte zum Schluß, es dürfe kein neuer Hungerkrieg
mehr geführt werden, ein allseitiges Bekenntnis zum Handels-
frieden sei notwendig. Die Welt dürfe nicht in Zweimächte-
gerissen werden, die sich mit Rüstungen überbieten.
Auch die farbigen Völker dürfen nicht nur als Mittel zum
Zweck angesehen werden. „Diese Ziele sind Menschheits-
ziele, sie werden sich unaufhaltsam in allen Ländern durch-
setzen; wer zu ihnen steht, wird Sieger sein, wer sie verleugnet,
wird unterliegen.“

Wo stecken die Kriegstreiber?

Für die Wegnahme des französischen Erzbedens von
Longwy-Wrieh spricht sich die erzkonserervative
„Kreuzzeitung“ folgendermaßen aus:

... Über Herrn Dernburg sollte doch aus den bisherigen
Erörterungen bekannt sein, daß es nicht der Geldwert dieses
Erzbedens ist, um dessentwillen wir es fordern, sondern weil
an seinem Besitz die Möglichkeit künftiger Krieg-
führung hängt.

Und der antisemitische Professor Wolf (Düsseldorf)
schreibt in der schwerindustriellen „Rhein.-Westf.
Zeitung“:

Auch gibt es in der Geschichte nichts Fertiges, nichts Ab-
geschlossenes. Ein Friedensschluß beendet nicht nur den Krieg,
sondern er bereitet auch schon die Aufstellung für den
nächsten Waffengang vor.

Also als Vorbereitung zu einem neuen Krieg soll
das Morde und Verwüsten noch fortgesetzt werden. So
erklärt es sich auch, daß der Alldeutsche Verband
aus Angst, die Entente könne sich den Friedensverhand-
lungen in Vrest-Litowoff anschließen, sich also vernehmen
ließ: „Gnade uns Gott, wenn sie es täten.“

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat
Claf, erklärte vor Jahresfrist in Hamburg:

Wir können Gott auf den Knien danken, daß die
Feinde das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916
nicht angenommen haben.

Und nach Kriegsausbruch hatte derselbe Verband er-
klärt:

Wir haben Gott auf den Knien gedankt, daß der
Verständigungsplan (mit England) ins Wasser ge-
fallen ist.

Das sind die heimischen Kriegstreiber und Kriegsver-
längerer, die obendrein herchlerisch die Schuld an ihrer
Großmäuligkeit und deren Folgen den Feinden zuschieben.

Wie's trifft ...

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in einem „Die Par-
teien in Finnland“ überschriebenen Artikel:

Bei Ausbruch der Revolution bestand im finnländischen
Landtag eine sozialdemokratische Mehrheit und dementsprechend
auch ein vorwiegend sozialdemokratischer Senat. Von 200 Ab-
geordneten im Landtag entfielen auf die

Sozialdemokraten	103 Sitze
Älftinnen	33 Sitze
Jungfinnen	23 Sitze
Schwedische Volkspartei	21 Sitze
Agrarier (Lauerabund)	19 Sitze
Christliche Arbeiter	1 Sitz

Dementsprechend setzte sich der Senat folgender-
maßen zusammen: 6 Sozialdemokraten, 2 Älftinnen, 2 Jung-
finnen, 1 Schwede, 1 Agrarier. Den Vorsitz führte der Sozial-
demokrat Toloi.

Ueber das Ergebnis der finnischen Wahlen
unter Herenski schreibt das Blatt dann:

Die Wahlen ergaben einen Sieg der bürgerlichen Parteien.
Es wurden gewählt:
Sozialdemokraten 91,
Agrarpartei (Kadifale Kleinbauernpartei) 26,
Vereinigte finnische Bürgerliche (Älftinnen und Jung-
finnen) 62,
Schwedische Volkspartei 21.

Diesem Wahlergebnis entspricht die Zusammen-
setzung des Senats: 6 Jungfinnen, 2 Älftinnen, 2 Mitglieder
des Lauerabunds und ein Vertreter der Schwedischen Volk-
partei. Vorsitzender ist der Jungfinne Swinshud.

Das eine Mal entspricht also dem Ergebnis der all-
gemeinen Wahlen eine Senatszusammensetzung, die eine be-
trächtliche Vertretung der Minderheit aufweist. Das andre
Mal scheidet eine Minderheit von 91 Abgeordneten unter
200 aus der Vertretung im Senat ganz aus, und auch daran
nimmt das famose offiziöse Blatt keinerlei Anstoß. Im
letzteren Falle sind nämlich die in der Minderheit Befind-
lichen und „dementsprechend“ Entrechteten — Sozialdemo-
kraten! —

Die Stimmungsmache.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht folgenden treff-
enden Artikel gegen die neuerdings wieder betriebene ge-
schäftliche Stimmungsmache mit den Namen bekannter Herr-
schafter:

Respektvolle Zeilungen, die der alldeutschen oder konse-
rativen Richtung angehören, bringen ziemlich übereinstimmend eine

Meldung über eine angebliche Propaganda der Entente
gegen die Person des Ersten Generalquartiermeisters General
Ludendorff, die geeignet ist, Aufsehen und Beunruhigung
zu erregen. Im Zusammenhang mit dem Gehversuchen des russi-
schen Oberkommandos gegen die Disziplin und die Führung des
deutschen Heeres wird mitgeteilt, daß „nach verschiedenen Mel-
dungen, deren Glaubwürdigkeit nicht zu bezweifeln sei, die En-
tente im Begriff stehe, mit raffiniertesten Mitteln eine Propa-
ganda gegen die Person unserz Ersten Generalquartiermeisters
General Ludendorff in Szene zu setzen“. Sie suche mit den
hinterlistigsten Mitteln Deutschland zu schwächen, indem sie den
Versuch unternähme, uns des Führers zu berauben, der als rechte
Hand Hindenburgs für das deutsche Volk unerlässlich sei. So-
lange Ludendorff an seiner Stelle stehe, solle an einen Friedens-
schluß nicht gedacht werden. Dabei hoffe man, daß Hindenburg
freiwillig zurücktreten werde, wenn Ludendorff gefallen sei. Diese
neueste Art politischer Kriegführung der Entente werde vornehm-
lich aus neutralen Ländern betrieben und ihr Hauptquartier befinde
sich in der Schweiz.

Der Leser gerührt sich vergeblich den Kopf, was eigentlich
der Sinn dieser merkwürdigen Nachricht ist. Sie soll nach der
Versicherung der oben gekennzeichneten Blätter auf Meldungen
beruhen, deren Glaubwürdigkeit nicht zu bezweifeln sei. Aber
man wird mit uns allgemein darin übereinstimmen, daß man
eine solche Mitteilung nicht hinausgehen lassen dürfe, ohne die
Deffentlichkeit vollständig darüber aufzuklären, um was es sich
eigentlich handelt. Wir müssen gestehen, daß uns diese ganze
Meldung in ihrer dunkeln und unbestimmten, geheimnisvoll an-
deutenden, aber doch in der Hauptfrage nichtsagenden Fassung
einen recht fragwürdigen Eindruck macht.

Ist wirklich etwas von Plänen der Entente bekannt, die dar-
auf ausgehen, den Ersten Generalquartiermeister zu stürzen —
darauf soll es sich doch wohl handeln —, dann hätte man damit
nicht hinter dem Bergel. Denn eine Fassung wie diese ist zwar
geeignet, Unruhe zu erregen, aber wir können uns nicht denken,
daß damit irgend etwas genützt wird. Wir trauen der Entente
durchaus zu, daß sie versuchen könnte, unsere innere Geistes-
freiheit zu stören, und wenn sie eine Möglichkeit hätte, unser Heer
seiner Führer zu berauben, so würde sie es natürlich tun. Aber
was hier über den angeblichen Plan der Bezeitigung Ludendorffs
gesagt ist, klingt so abenteuerlich und unbeschäftigt so sehr
jeder festen Substanz, daß es ohne nähere Begründung nicht be-
anspruchbar kann, als mehr angezogen zu werden denn als Auf-
geregt heiten einer Presse, die völlig den Maßstab der Dinge
verloren hat. Solange Ludendorff an seiner Stelle stehe, solle an
einen Friedensschluß nicht gedacht werden, heißt es in einer dieser
Notizen. Soll das nun heißen, die Entente wolle den Rücktritt
Ludendorffs zu einer Vorbedingung des Friedensschlusses machen?
Das wäre so wichtig, daß man es keiner der Ententerregungen
zutrauen kann. Jedenfalls wäre es nichts weniger als eins der
„raffiniertesten Mittel“, von denen jene Zeitungsnotizen reden.
Sollten aber Agentenberichte dieser Art vorliegen, so überlege
man sich doch ein wenig, wie groß ihre innere Wahrscheinlich-
keit ist.

Andererseits aber, liegt in solchen

dunkeln Ausströmungen eine Gefahr,
auf die wir bei dieser Gelegenheit doch schon hinweisen möchten.
Die Nervosität, die aus ihnen spricht, kann, wenn man nicht klar
redet, leicht dazu führen, daß auch unbehagliche Aeußerun-
gen der Inlandspresse mit jener Marke der „Entente-
propaganda“ versehen werden. Diese Gefahr liegt um so näher,
als der Name des Generalquartiermeisters in letzter Zeit von der
alldeutschen und annexionistischen Presse verschiedentlich in
die öffentliche Erörterung in einem Sinne hineingezogen worden
ist, der ihn zur Stange für eine bestimmte politische Auf-
fassung zu machen suchte. Das könnte sich eines Tages wieder-
holen, und dann könnte jene Richtung der Presse versuchen, die
öffentliche Auseinandersetzung damit totzuschlagen, daß Kritiken
andersgerichteter Blätter einfach mit dem Stigma der „Aus-
landspropaganda“ gebrandmarkt würden. Keu ist ja die er-
bärmliche Methode, Andersdenkende der Gefälligkeit gegen
das Ausland zu verdächtigen, leider in Deutschland nicht mehr.
In Frankreich ist diese krankhafte Entwicklung zu besondrer Höhe
gediehen, aber manche Zeichen deuten darauf, daß auch bei uns
sich eine Stimmung herausbilde, die ähnliche Erscheinungen be-
günstigt. Klarheit und Offenheit werden ihnen am besten ent-
gegenwirken. Weiß man also von Plänen der Entente gegen
unser Oberste Heeresleitung, dann heraus mit ihnen an den
Frager! Man täusche nicht geheimnisvoll, sondern sage deut-
lich, klar und unmissverständlich, was los ist. Aber Warnungen,
die im Stile von Detektivromanen abgefaßt sind, unterlasse man.
Sie weigern das ohnehin vorhandene Gefühl der Unficher-
heit und des Mißtrauens und erwecken den Eindruck hoch-
gradiger Aufgereiztheit, der weder daheim noch jenseits der Gren-
zen uns nützen kann.

Pfarrer gegen Zentrum.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Landkreis
Koblenz-St. Goar am 14. Februar erhielt Pfarrer Greber
5287 Stimmen, Generalleutnant von Steinacker, der
offizielle Zentrumskandidat, 4609 Stimmen. Pfarrer
Greber ist somit gewählt mit einer Mehrheit von 678
Stimmen.

Die Wahl ist überaus kennzeichnend. General
v. Steinacker ist ein Zentrumsmann von der Richtung der
„Kölnischen Volkszeitung“, also Annexionist. Pfarrer
Greber hatte gegen ihn den Kampf für eine Politik des
Verständigungsfriedens ausgenommen. Und so
ereignet sich der seltene Fall, daß in dem zu 82 Proz. katho-
lischen Kreise die Disziplin des Zentrums versagte. Nach
Kampfen ein neues deutsches Zeichen für die wahre Stim-
mung der Bevölkerung.

Bei der Wahl im Jahre 1912 hatten erhalten: Dell-
stein (Ztr.) 18153 Stimmen, ein Nationalliberaler 5547,
ein Sozialdemokrat 3568 Stimmen.

Kirche und Wahlrecht.

Für das gleiche Wahlrecht, verbunden mit dem Ver-
hältnißsystem, spricht sich in dem Organ des Gesamtverbandes
des evangelischen Arbeitervereine, dem „Ev. Arbeiter-
boten“ Nr. 7 vom 14. Februar, Pfarrer Dr. Jäger (Bethel)
aus. Er lehnt jedes Mehrstimmensystem ab, da das Alter
ebensowenig wie die Größe der Familie für die Reife des
politischen Urteils bürge. Nur die Verhältnißwahl sei
wirklich gerecht. Die Furcht vor der Trennung der
Kirche vom Staat und vor der Verweltlichung der
Schule dürfe die Kirche nicht veranlassen, die gerechte
Forderung des Volkes nach dem gleichen Wahlrecht zu be-
kämpfen, sondern sie müsse für das Wahlrecht eintreten,
das sie ihren Kirchengliedern gibt; „dann gewänne sie das
Vertrauen, das sie in so hohem Maße verloren
hat, wieder“.

Abgesehen davon, daß jene einschneidenden Maßnahmen
nicht ohne Zustimmung des Herrenhauses und des Königs
durchzuführen seien, brauche die Kirche sich aber auch vor
dem Neubersten nicht zu fürchten: „Käme die Trennung von
Kirche und Staat, die Kirche würde sie überleben, so gut wie
sie die Zivilstandsgefehrgebung überstanden hat. ... Vor
die Frage gestellt, ob eine Gemeinde sich freiwillig eine
Kirchensteuer auferlegen wolle, würden zahllose Gemeinden
gern dazu bereit sein. Und erst die staatsfreie
Kirche würde Volkskirche, würde im öffentlichen
Leben eine geachtete, geliebte und vielleicht auch gefürchtete
Größe.“

Zur Erteilung des Religionsunterrichts an die Jugend
gebe es drei Wege, den englischen der Sonntagschule, den
bairischen: außerhalb der Schulzeit in den Schulräumen
und den holländischen der Gründung eigener Kirchenschulen.
Der heutige Religionsunterricht sei ohnedies nicht er-
freulich.

Notizen.

Die Fraktionsführer beim Vizekanzler. Die angekündigten
Empfänge der Parteiführer beim Vizekanzler v. Pappe haben am
Freitag nachmittag im Amtszimmer des Vizekanzlers im Reichs-
amt des Innern ihren Anfang genommen. Zuerst wurden die
Führer der konservativen Fraktion zu einer Besprechung
empfangen, die etwa eine Stunde dauerte. Dann folgten die
Sozialdemokraten unter Führung des Abgeordneten
Scheidemann, mit denen der Vizekanzler über anderthalb
Stunden verhandelte. Am Sonnabend sollen auch die übrigen
Parteiorganisationen empfangen werden. Die Besprechungen erstrecken
sich auf alle aktuellen Fragen der äußeren und inneren Politik, ins-
besondere auf den Friedensvertrag mit der Ukraine, die russische
Frage usw. Sie sind, wie immer, streng vertraulich.

Entschäft. Die wegen angeblichen Landesverrats verhaf-
teten Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in
Fürtth, Hopf und Kozbauer, wurden, wie das „Berl. Tagebl.“
meldet, auf Anordnung des Reichsanwalts aus der Untersuchungs-
haft entlassen.

Zur Nachwahl in Niederbarnim. Wie die „Tägliche Rund-
schau“ meldet, hat die konservative Partei den Amtsver-
treter Kühn (Wirkenwerder) als Kandidaten aufgestellt. Es wer-
den sich fünf Kandidaten in dem Nierenwahlkreis um das Man-
dat bewerben. Für die fortschrittliche Volkspartei kandidiert der
Staatsarbeiter Hoffmann (Richtenberg). Die sozialdemokratische
Partei hat den Arbeitersekretär Wiffell aufgestellt. Dazu kommen
noch die Kandidaturen der unabhängigen Sozialisten, die Doktor
Breitscheid nominiert haben, und der Nationalliberalen, für die
der Stadtrat Dr. Marekly kandidiert. Artur Stadthagens Erbe
wird also heiß umstritten sein. Die Wahl ist auf den 14. März
angezeigt worden.

Erfolgreicher Torpedobootstich im Kanal.
In der Nacht zum 15. Februar, so meldet der deutsche Admiral-
stabschef, griffen unsere Torpedoboots unter der Führung des
Korvettenkapitän's Heinecke die starke Bewachung des englischen
Kanals zwischen Calais-Dover und Grisez-Folkestone über-
raschend an. Ein großes Schweregeschützfahrzeug, zahlreiche be-
waffnete Hilfsdampfer und mehrere Motorfahrzeuge wurden zum
Kampfe gestellt und größtenteils vernichtet. Unsere Torpede-
boots erlitten dabei keine Verluste und Beschädigungen; sie sind
vollständig zurückgekehrt.

Polnischer Protest. Zum Zeichen des politischen
Protestes hielten am Freitag in Warschau die Lokalkomitees jeder
Art, alle Geschäfte und Wirtschaften, geschlossen. Es laufen Ge-
rächte über geplante Demonstrationen der studierenden Jugend
und der Arbeiter um. Auf den Straßen sieht man verstärkte
Wiltärabteilungen zu Fuß und zu Pferde. In Lemberg fanden
mehrere zahlreich besuchte Protestversammlungen statt, in denen
die vereinigten polnischen Parteien beschloßen, Montag einen
allgemeinen Streik zu inszenieren und die Arbeit zum Zeichen
des Protestes einzustellen.

Kleinere Unternehmungen

W. E. B. Großes Hauptquartier, den 16. Fe-
bruar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit,
die sich in der Champagne zwischen Laure und Ripont am
Abend verschärft.

Kleinere Unternehmungen unserer Infanterie in Han-
dorn und östlich von St. Mihiel hatten Erfolg.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Volkfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Abchlüsse von Kapital-Versicherungen auf den Todes- und Erbfallsfall, Konfirmations-Versicherungen verbunden mit Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen, Spar- und Risiko-Versicherungen, Kriegs-Versicherungen

Auskunft wird erteilt und Anträge nehmen entgegen folgende Rechnungsstellen:

Achersleben: P. Grohmann, Oberstr. 48.
Burg: G. Hagerland, Schulstr. 14.
Halberstadt: Fr. Leffe, Waisenstr. 71a.

Magdeburg: Otto Baer, Rogauer Str. 31
Halle: Emil Wolff, Wolfenburger Str. 13.

Konsumverein: Hötensleben: G. Mische, Mühlenweg.
Groß-Ottersleben: R. Schrader, Wanzleben Str. 1.
Stahfurt: R. Weißflog, Bismarckstr. 10. 459

Möbel auf Kredit

und gegen bar

noch nach auswärts
**Kleine Anzahlung
Bequeme Abzahlung**

Komplette
**Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Salons
Lasierte Küchen
Körperliche Wohnungs-Einrichtungen**

1 Einrichtung

besteht aus:
1 Bettstelle, 1 Matratze, 1 Kleider-schrank, 1 Spiegel, 1 Tisch, 2 Stühle,
1 Küchenschrank, 1 Küchentisch,
2 Küchensesseln

Kleine An- und Abzahlung

1 Einrichtung

besteht aus:
2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Kleider-schrank, 1 Spiegel, 1 Tisch, 4 Stühle,
1 Waschtisch, 1 Küchenschrank,
1 Pfeilerschrank, 1 Kessel, Küche,
besteht aus 1 Küchenschrank, 1 Küchen-tisch, 2 Küchensesseln, 1 Kaffee-kanne, 1 Handtuch, 1 Kerze

Kleine An- und Abzahlung

1 Einrichtung

besteht aus:
2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Sofa,
1 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 1 Ver-
schrank, 1 Tisch, 6 weid. Stühle, 1 Waschtisch,
1 Spiegel, 1 Pfeilerschrank, 1 Kessel,
Küche, besteht aus 1 Küchenschrank,
1 Küchentisch, 2 Küchensesseln,
1 Kaffee, 1 Handtuch, 1 Kerze

Kleine An- und Abzahlung

1 Einrichtung

besteht aus:
2 weid. Bettstellen, 2 Spiegel, 2 Auf-
legenschreibe, 1 Tisch, 1 Waschtisch,
1 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 6 weid.
Stühle, 1 Truhen mit Kommode,
1 Ver- u. 1 Sofa, 1 Kasten, 1 Tisch,
1 Spiegel, 1 Pfeilerschrank, 1 Kessel,
Küche, besteht aus 1 Küchenschrank,
1 Küchentisch, 2 Küchensesseln, 2 Stühle

Kleine An- und Abzahlung

Polstermöbel
Sofa - Sessel - Stühle - Tisch

Anzüge, Ulster, Paletots
für Herren, Damen und Kinder.

Bestehen aus: 1 Tisch, 1 Stuhl, 1 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 1 Ver-
schrank, 1 Tisch, 6 weid. Stühle, 1 Waschtisch,
1 Spiegel, 1 Pfeilerschrank, 1 Kessel,
Küche, besteht aus 1 Küchenschrank,
1 Küchentisch, 2 Küchensesseln, 2 Stühle

A. Friedländer

Magdeburg
Alte Ulrichstraße 11
Geöffnet von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Mein großer Lager in **Regenschirmen**

in noch preiswerten Sorten habe ich sehr solid gearbeitete

Gloria-Regenschirme zu 18 Mt.

eigenen Fabrikats, mit **Regen-** Gummischirmen und halbleidener Futteral
ausgestattet.

Ich bitte meine geehrte Kundschaft, von dieser Offerte **469**
namentlich für Konfirmanden

bedeuten Gebrauch zu machen, da der Vorrat vorläufig nicht ergänzt werden kann.

Carl Beutler Schirmfabrik,
Breiteweg 21/22

Sieverlings Etagengeschäft Jakobstraße 17, I

Mein prächtiger Einkauf habe großes Lager aus noch guten Stoffen und zu
soliden Preisen

Herren-Garderoben

Große Auswahl
Reiseweiter in

Ulster und Mänteln
in Stoff, Strick
und Samt

Jacken, Kostümen
Röcken und Blusen

Pelzwaren

St. Ansool in Garnituren
jeweils einget.

Kollern, Bors und
Häfen

in vielen Farben u. weidener
Zerarbeitung

Große Auswahl
jeweils einget.

Herren-Garderoben

Große Auswahl auch für
Damen

Schicke Anzüge
Paletots u. schwere
Ulster

Sichere Erfolge
für Wäcker!

Konfirmations- Geschenke

in bewährter Auswahl zu
soliden Preisen.

Knaben-Ähren,

Damen-Ähren,

Ringe mit Steinen

Halbketten, Broschen
und viele mehr Artikel.

Max Eckstein,
Königsplatz Nr. 5, 6
Magdeburg, Magd. Waisenstr.

Kleine Möbelnähren

mit **Hand- u. Fußpedal**
oder für **Gasmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**

W. Rüdiger, Eichenstr. 2
Telephon 255 und 256.

Wollnähmaschinen repariert

und **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**

W. Rüdiger, Eichenstr. 2
Telephon 255 und 256.

Wollnähmaschinen repariert

und **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**

W. Rüdiger, Eichenstr. 2
Telephon 255 und 256.

Wollnähmaschinen repariert

und **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**

W. Rüdiger, Eichenstr. 2
Telephon 255 und 256.

Wollnähmaschinen repariert

und **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**
sowie **Handnähmaschinen**

W. Rüdiger, Eichenstr. 2
Telephon 255 und 256.

Impressungen

Große Auswahl moderner Formen
Ausführung schnell und preiswert

Modenhause Petzon

Breiteweg 34

empfehlen die
Buchhandlung Volkstimmung

Vorteilhaftes Angebot in Pelzwaren!

Ich empfehle mein **331**

erstaunliches, großes Lager

hierin zu ganz besonders billigen Preisen, u. a.

Mastrafuchs Mt. 88.75
und höher

Blaufuchs Mt. 125.00
und höher

Merzmurmel Mt. 45.00
und höher

Ranin Mt. 28.00
und höher

Stutts, Jltis, Nerz, Marber

in reiner Kürschnerarbeit zu bekannt soliden Preisen.

— Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. —

R. Sternau,

32/33 Alter Markt 32/33,

Spezial-Etagengeschäft.

Echte Rathenower Brillen und Kneller

in allen Ausführungen sehr preiswert in reicher Auswahl

H. Vaternacht

Magdeburg-Wst., Große Diesdorfer Straße 218,
660 Alte Amaststraße.

Billiges Angebot

in nachstehender

Unterhaltungslektüre

Freie Stunden verschiedene Jahrgänge 5.50
pro Band Mt.

Neue Welt verschiedene Jahrgänge 5.00
pro Band Mt.

außerdem einige Bände **Wahrer Jacob** und eine reiche
Auswahl Romane bekannter Autoren empfiehlt

Buchhdg. Volksstimme

Am 8. April beginnen neue Jahres-, Halbjahrs-, Tages- und Abendkurse.

Bruck's kaufm. Privatschule

Jenny Bruck
wissenschaftlich gepr. Lehrerin

Fernsprecher 1242

MAGDEBURG

Inh.: Alfred Bruck

Kaufmann,
Wilhelmstraße 1, I.

Anmeldungen täglich, auch Sonntags.

Vormittags.

346

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
8-9	Buchführung	Rechnen	Buchführung	Deutsch	Buchführung	Deutsch
9-10	Buchführung	Rechnen	Buchführung	Rechnen	Buchführung	Rechnen
10-11	Fremdwortl.	Handschreiben	Wechselrecht	Randschreiben	Fremdwortl.	Randschreiben
11-12	Stenographie	Korrespond.	Stenographie	Korrespond.	Stenographie	Korrespond.
Nachmittags.						
1-2	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	frei
3-4	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	frei
4-5	da	da	da	da	da	frei

Jedes im vorstehenden Plan angeführte Unterrichtsfach kann
wunschgemäß auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.



W. Rüdiger

Modernes
Frisieren

Einzelarbeiten

Zöpfe

bestehen aus

Gebstörter

Magdeburg, Eichenstr. 2

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 41.

Magdeburg, Sonntag den 17. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Eine Gefahr für die Brotversorgung.

Zimmer drohender wird der Rückgang der Getreide- und Kartoffelanbaufläche. Die Mühe dagegen ist Trümpf. Wollte es das Unglück, daß sich mit der rückläufigen Tendenz eine schlechte Ernte verbindet, so müßte die Volksernährung aufs äußerste gefährdet werden. Es ist unverstänlich, daß die maßgebenden Stellen dieser gefährlichen Entwicklung so wenig Beachtung schenken. Durch die verfehlte Preisgestaltung für Mühen aller Art wird dem Erzeuger der Konjunkturabbau von Hackfrüchten geradezu aufgebrängt.

In dem Augenblick, da eine einfache Berechnung ergab, daß der Anbau von Mühen eine höhere Rentabilität hat, als die gleiche Anbaufläche mit Körnerfrucht oder Kartoffeln war für den Erzeuger die Frage der Anbauwahl entschieden.

Der Kartoffel- und Getreidebau geht von Jahr zu Jahr mehr zurück zugunsten der Mühen. Leider verbleibt sich aus bekannten Gründen ein zahlenmäßiger Nachweis dieser Tatsache. Indessen mag als charakteristisches Beispiel für die Einwirkung der Preise auf die Produktion die Tatsache angeführt werden, daß auch im Jahre 1915 die Anbaufläche für Getreide und Kartoffeln als Folge der enormen Preissteigerungen eine ganz erhebliche Zunahme aufwies, und zwar beide auf Kosten der übrigen Hackfrüchte, deren Verminderung damals bei den noch vorhandenen Vorräten an Futtermitteln und dem gesteigerten Kartoffelanbau kaum ins Gewicht fiel, im Gegenteil sich für den Erzeuger infolgedessen lohnen gestaltete, als die vermehrte Kartoffelproduktion nicht nur materiell einen größeren Gewinn in Aussicht stellte, sondern zugleich auch einen vollwertigen Futterausgleich für die verminderte Mühenproduktion bot.

Interessierte Kreise fordern heute wiederum als Ausgleich eine Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise als am meisten erfolgversprechende Anreizmittel zum vermehrten Anbau von Getreide und Kartoffeln. Dieses Anreizmittel aber ist seit Kriegsbeginn fast alljährlich zur Anwendung gekommen, ohne doch den ständigen Rückgang verhüten zu können.

Die folgenden Berechnungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der ungerechtfertigt hohe Mühenpreis mit Notwendigkeit eine Verminderung des Getreide- und Kartoffelanbaues zur Folge haben muß. Dabei sind die Höchstpreise zugrunde gelegt. Bedenkt man indessen, daß Mühen zu Höchstpreisen kaum zu haben sind, daß selbst Kommunalverbände wesentlich darüber hinauszugehen gezwungen sind, so verschiebt sich das Bild noch weiter zugunsten der Mühen.

Es betragen beim Getreidebau die Kosten für die Bewirtschaftung eines Hektars (Saatgut, Düngung, Bewässerung, Ernteabfuhr, Drusch usw.) 600 Mark. Erlös für geerntete Frucht: 760—800 Mark. Reinverdienst: 100—140 Mark. Beim Kartoffelanbau: Wirtschaftskosten 1200 Mark. Gesamtertrag: 1680 Mark. Reinverdienst 480 Mark. Beim Mühenbau: Gesamtunkosten: 1400 Mark. Ertrag 2400 Mark. Reinverdienst: 1000 Mark.

Diese Ziffern gelten nach sachmännischer Beurteilung als einwandfrei; sie verschieben sich natürlich je nach Bodenbeschaffenheit, Kultur usw. Die Schlussfolgerung aus diesen Gegenüberstellungen lautet mit zwingender Notwendigkeit: Herabsetzung der Mühenpreise oder Min-

der Beschränkung des Anbaus von Mühen in der Weise, daß durch behördliche Anordnung eine je nach Klima und Bodenbeschaffenheit zu bestimmende prozentuale Einschränkung festgelegt wird, wie es beispielsweise schon bei der Produktion von Zuckerrüben der Fall ist. Da der Erzeuger nach der Bundesratsverordnung vom 31. März 1917 (Sicherung der Ackerbestellung) die so frei werdende Fläche bebauen muß, so ergibt sich ganz von selbst ein vermehrter Anbau entweder an Kartoffeln oder an Getreide. Da sich die Regierung schärferen Eingriffen gegenüber ablehnend verhält, so ist diese negative Auslegung des Begriffs Anbauzwang das Mindeste, was getan werden muß. Die ausreichende Bereitstellung von Saatgut, Düngemitteln, Gepann und Arbeitskräften müßte natürlich nebenhergehen.

Der jetzt durch den einseitigen Mühenanbau am Boden betriebene Raubbau stellt nicht nur die Volksernährung vor eine äußerst schwere Gefahr, sondern bedeutet auch eine erhebliche Erschwerung der Uebergangswirtschaft, da der Boden zur Wiedererlangung seiner früheren Leistungsfähigkeit jahrelang sorgfältigster Pflege bedürfen wird.

Soll die Volksernährung, die durch all die schlimmen Erscheinungen des Wuchers und des Schleichhandels fast auf das äußerste Minimum herabgedrückt ist, nicht noch weiter verschlechtert werden, so darf neben der Forderung auf schärfere Ausgestaltung der öffentlichen Wirtschaft nicht die andre vergessen werden: Zurückdrängung der Mühen zugunsten des Getreides und der Kartoffeln.

Gefährdung des Zuckerrübenbaues.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Magdeburg über die drohende Gefährdung des Zuckerrübenbaues, die durch schrankenlose Gewinn gier hervorgerufen wird, geschrieben:

Die Frage der zukünftigen Zuckerverforgung hängt immer mehr zu. Schon jetzt besteht die Gefahr eines nicht unbeträchtlichen Rückganges des Anbaues von Zuckerrüben, falls es nicht durch wirksame Maßnahmen der Reichsregierung gelingt, dem vorzubeugen. Einen großen Teil der Schuld, die den Landwirten den Anbau von Zuckerrüben ganz natürlicherweise verleiden muß, trägt die fortgesetzte Preisüberhöhung der für die mit der Zuckerrübe im Wettbewerb stehenden Feldfrüchte. Nach der Preisverordnung vom 19. März 1917 richtet man sich an zahlreichen Stellen nicht mehr. Der Preis für Futterrüben ist auf 1,50 Mark, für Kohlrüben und Wruken auf 1,75 Mark und für Futtermohrrüben auf 2,50 Mark für den Zentner festgesetzt. Das Statistische Bureau von Bismarck aber darauf aufmerksam, daß von den Provinzialstellen in öffentlichen Bekanntmachungen für Futterrüben und weiße Kohlrüben 8 Mark, für gelbe Kohlrüben 3,50 Mark, für gelbe Mohrrüben 6,25 Mark und für rote Mohrrüben sogar 8,25 Mark für den Zentner geboten werden. Unter den herrschenden Verhältnissen bringt die Zuckerrübe den Landwirten also bei weitem nicht den Nutzen, als die anderen Hackfrüchte es tun, und die Folgen ergeben sich von selbst.

Das sind die Folgen des unter den Augen und zum Teil mit Hilfe der Behörden betriebenen Schleichhandels, der alle Preisbeziehungen verschoben und die Volksmoral aufs schwerste erschüttert hat. Die Folgen sind katastrophal, weil eine vermehrte Zuckergewinnung ein

der wichtigsten Mittel ist, um die allzu starke Heranziehung der Kartoffel zur Gewinnung des kriegswichtigen Spiritus überflüssig zu machen.

Neue Streikurteile.

Zwölf Personen standen am Donnerstag, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Berlin unter der Anklage, entgegen dem Befehl des Oberkommandierenden in den Marken vom 1. Februar 1918 die Arbeit in einem unter militärische Verwaltung gestellten Kriegsbetrieb bis zum 4. Februar nicht wieder aufgenommen zu haben. Die Angeklagten sind, bis auf einen noch jugendlichen Mann in vorgerückten Jahren und Familienvater. Sie arbeiteten in den Daimler-Motoren-Werken, Zweigniederlassung Marienfelde. Sie waren, als der Streik ausbrach, von der Arbeit weggeblieben und trotz des am 1. Februar erlassenen Befehls nicht dorthin zurückgekehrt. Die von ihnen vorgebrachten Entschuldigungen sind nicht als ausreichend erachtet worden. Das Gericht sprach einen Angeklagten frei und verurteilte die übrigen sämtlich zu je 3 Monaten Gefängnis.

Wegen versuchten Landesverrats und tätlichen Widerstandes stand der 23jährige Werkzeugarbeiter Adolf Bahbauer unter Anklage. Er war verdächtig, in der Nähe der Boaschischen Fabrik in der Kraußstraße Streikposten zu stellen. Er sollte fiktiv werden, leistete aber erheblichen Widerstand und schlug so mühen um sich, daß er erst durch vier Schußwunden überwältigt werden konnte. Das Gericht hielt den Angeklagten des versuchten Landesverrats nicht für überführt, beurteilte ihn aber wegen tätlichen Angriffs zu 6 Monaten Gefängnis.

Einer Eisenbahntransportgefährdung hat sich der taubstumme Fräiser Emil Stinius, dessen Vernehmung nur unter Beihilfe der Dolmetscherin Frau Schenk möglich war, hartnäckig gemacht. Er wollte sich am 31. Januar nach einer Arbeitsstätte begeben, geriet in der Landsberger Straße in eine große Menschenmenge und war behilflich, einen Straßenbahnwagen umzuwerfen, nachdem dort schon vier umgestürzte Wagen auf dem Damme lagen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus, wobei auf die Minderwertigkeit des Angeklagten Rücksicht genommen wurde.

Eine höhere Strafe traf den 19jährigen Kohlenarbeiter Herbert Haase, der am 1. Februar sich an einem starken Menschenauflauf in der Salitzer Straße, der es besonders auf Straßenbahntrassen abgesehen hatte, beteiligte. Der Angeklagte wurde beobachtet, daß er mit einem Messer an drei Wagen die Strippe der Kontakthänge durchschnitt. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine Frau Anna Kramme war am 31. Januar, als die Ansammlungen von Streikenden im Humboldthain durch Schutzleute auseinandergetrieben wurden und in die anliegenden Straßen fluteten, in der Adlerstraße trotz der gegenständlichen Anordnungen eines Wachmeisters stehengeblieben, wie sie behauptete, um auf eine Straßenbahn zu warten. Als sie zur Wache geführt werden sollte, leistete sie passiven Widerstand und siemte sich gegen den Boden. Mit Rücksicht auf ihren leidenden Zustand bemaf das Gericht die Strafe auf 3 Monate Gefängnis.

Ebenso hat die Munitionsarbeiterin Minna Schiere Widerstand gegen einen Beamten geleistet. Sie kam am 31. Januar in der Nähe des Alexanderplatzes bei einer Ansammlung von Menschen in Konflikt mit einem Schutzmann und schlug diesen mit ihrer Handtasche ins Gesicht. Der Strafantrag lautete auf 6 Monate, das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

Es faust das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechnete Uebersetzung von Werner Peter Larfen.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Kleine, die dabei gewesen war, der Dame die Stiefel zuzuschüren, erhob sich und schritt zur Tür, während sie mir bedeutungsvoll zugewinkelte. Ich stand ruhig vor Mistreß Pitbladder und wartete.

„Sie können dann jetzt also gehen,“ sagte sie und winkte mir mit der Hand.

„Entschuldigen Sie,“ begann ich, durch das Augenwinkern der Kleinen frustig geworden und erstaunt, daß ich meine fünfzehn Cent erst zurückverlangen mußte, „aber ich habe Ihnen ein Hundszwanzig-Cent-Stück gegeben.“

„Und haben fünfzehn zurückgehalten, liebes Kind,“ sagte sie freundlich, aber bestimmt.

„Verzeihen Sie, aber Sie irren sich. Ich habe nichts zurückgehalten,“ sagte ich ebenso bestimmt und sah sie fest an. „Sehen Sie nur mal in Ihrer Geldbörse nach!“

„Das ist nicht notwendig,“ sagte ich, „aber wenn es Ihnen Spaß macht, so kann ich es ja tun.“ Und ich nahm die drei anderen Hundszwanzig-Cent-Stücke hervor und zeigte ihr dann, daß die Börse leer sei.

Mistreß Pitbladder wiegte bedächtig den Kopf und sah keineswegs überzeugt aus; aber ich ließ mich dadurch nicht beirren, denn ich war fest entschlossen, mir die paar Cent, welche ich noch hatte, nicht auch noch abzuwindeln zu lassen.

Es wurde ganz still im Zimmer. Die beiden Kleinen sahen bald auf Mistreß Pitbladder und bald auf mich und schienen sich königlich zu amüsieren.

Endlich schien Mistreß Pitbladder begriffen zu haben, daß ich nicht nachzugeben gewillt sei, und sie nahm ihr Täsch-

chen vom Tisch und reichte mir meine fünfzehn Cent, fügte jedoch hinzu, daß ein Irrtum ihrerseits völlig ausgeschlossen sei.

Sobald wir zur Tür hinaus waren, griff Mintie nach meiner Hand und drückte sie kräftig.

„Das freut mich jetzt wirklich einmal!“ flüsterte sie, während wir die Treppe hinabgingen. „Sie macht es nämlich mit einer jeden neuen so, und die meisten bekommen eine solche Angst vor ihr, daß sie ihr das Geld auch wirklich lassen!“

Während Mintie nach Mistreß Sumley suchte, wartete ich in der Wohnstube, einem fahlen, nützlichen Raum mit weißgeputzten Wänden, dessen ganze Ausstattung aus einigen an den Wänden entlang laufenden Bänken, einem Schaufelstuhl und unzähligen Bibelprüchen bestand. In dieser sogenannten Wohnstube war eine ganze Schar von kleinen Mädchen versammelt; sie saßen entweder trübselig nebeneinander auf den Bänken oder rutschten auf der Diele umher oder halgten sich um einen Platz auf dem heißbegehrten Schaufelstuhl.

Als wir eintraten, hielt der Schaufelstuhl in seiner Bewegung inne und eins der Kinder sprang ab. Es war Julia. Sie kam auf mich zu, und im nämlichen Augenblick stürzten die andern, die bis dahin auf den Bänken gesessen hatten, zum Schaufelstuhl, wo eine wüste Kauferei um die Frage begann, wer nun berechtigt sei, Julias Platz einzunehmen.

„Nun, wie ist es gegangen?“ fragte die Kleine Julia.

„Sind Sie auch hereingefallen...?“

Ich hatte keine Lust, auf ihre Frage zu antworten, sondern fragte sie anstatt deren nach ihr selbst und nach ihren Kameradinnen, wer sie seien, warum sie hier seien und wo sie herkamen.

„Ja, weißt Du das denn nicht?“ fragte sie erstaunt.

„Wir sind das Rad.“

„Was meint Du damit?“

„Na, das Rad also!“

„Ja, was soll das denn heißen — „Rad“?“

„Was das heißen soll? Das Rad sind die, welche keine Eltern haben oder ihre Eltern nicht kennen,“ sagte Julia, indem sie mit ihrer weichen Hand neuerdings über mein Kleid strich.

Sie hatte sich neben mich auf die Bank gesetzt, und als ich die Erklärung des Wortes „Rad“ gehört hatte, überkam mich ein tiefes Mitgefühl, so daß ich den Arm um sie legte, während sie, wie die Kinder zu tun pflegen, die Augen schloß und ihren Kopf an meine Brust legte.

„Ja, aber wenn Ihr doch weder Vater noch Mutter habt,“ fing ich noch einmal an, „so seid Ihr doch darum nicht, wie Du sagst, „Rad“, sondern Ihr seid einfach elternlos.“

Julia hob den Kopf und sah mich lange erstaunt an. „Nur elternlos...?“ fragte sie. „Wirklich...?“ Aber, nein, das stimmt ja nicht. Siehst Du, wir, also ich, Marie und Mintie, die droben bei der Alten waren, wir sind wirklich elternlos... wir haben niemals weder Vater noch Mutter gefannt... Ebenso die im Schaufelstuhl drüben... Wir sind also wirklich das Rad; wir kommen aus einem Kinderheim.“

Im gleichen Augenblick trat eine dicke, schwarzgekleidete Frau ein, und alle Kinder stürmten auf sie zu und hängten sich an ihre Arme oder, wenn sie nicht so hoch hinaufreichen konnten, wenigstens doch an ihre Schürze.

Sie kam auf mich zu und sagte, sie heiße Mistreß Sumley; ihre Stimme klang heiser und athmatisch, aber sie hatte ein lebenswürdiges und beschiedenes Wesen.

Sie lächelte die Kinder von sich und redete ihnen gut zu, sie möchten sich wieder auf die Bänke an der Wand setzen; dann führte sie mich in den Schlafsaal hinauf und zeigte mir mein Bett, den Toilettenraum und das Bad. Einmal in der Woche durfte ich baden. Um sechs Uhr früh, sagte sie, müßten alle aufstehen, und bis höchstens halb sieben Uhr müßten sie das Haus verlassen haben, ohne vor der Schlafenszeit wieder zu kommen.

Gegen die Arbeiterin Maria Scherwath beantragte der Richter... 1 Jahr Gefängnis, weil sie in der Kapenider Straße...

Durch den Befehl des Oberbefehlshabers in den Marken vom 1. Februar ist in den Kriegsbetrieb genommenen...

Wie der "Rösischen Zeitung" aus Gießen berichtet wird, betraute das dortige Kriegsgericht den früheren sozialdemokratischen Parteiführer August Horn wegen verjährt...

Barrikaden im Dorfe.

Aus Straubing wird der "Münchener Post" geschrieben: Im benachbarten Dorf Umröbling wurden durch...

Im der Zeitungen haben die Arbeiterinnen das Mehl verstreut. Als Regierungsrat Potentier erschien...

Alle Einrichtungen, dem Vaterland gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen, prüfen bei gewissen Vätern...

Als die Einrichtungen näher. wird der Umröblinger...

Die größte Enttäuschung.

„Ich traf heute“, erzählt der Schichtarbeiter des Leuz... über die Zäunen. Der Vater hat er mit besonderem...

Über den ersten Tag zum anderen hat die Geschichte ein anderes Gesicht bekommen. Heute ist kein Schmutz in der...

Die Worte des alles mit einer Stimme hervor, in einem Ausbruch, geschäftsmäßigen Tones...

Die Arbeiter hatten mit jedem Uhr zu Zeit zu gehen. Die bescheidenen Rechte um sehr...

Währenddessen war eine Arbeiterin nachher die die Stellung im Arbeiterinnenheim...

Die Arbeiterin, Margarete Pöhlcher, lernte das Heim von heute her seit fünf Jahren...

Währenddessen machte das alles in einem so ruhigen und geschäftigen Tone...

„Ich werde halt zusehen müssen, daß ich gustomm dem ich bin eben so arm wie die Allerärmsten, die hier sind.“

Roller kommt und die Geschichte auch nicht gut ablaufen wird. Denn die Arbeiter nehmen sich heraus...

Als vorjähriger Mann hatte ich mein Vermögen in drei Teile geteilt. „Söhne mein Freund.“...

Ran errät die Lösung: das Ganze ist gleich Null. Die belgische Fand ist in den Händen der Deutschen...

Aber, mein lieber Freund, wer in Frankreich denkt denn noch daran zu sparen? Sehen Sie denn nicht...

Goldwäage der Provinz Sachsen

unter dem Ehrenschutz des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen... Verkauft uns euer Goldschmuck, Bringt uns eure Juwelen zum Verkauf zu den hohen Auskaufspreisen, Ihr helft zum Siege!

Für unsere Feldgrauen.

Die sozialdemokratische Faktion hat im Hauptanspruch des Reichstags den Antrag gestellt, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen. Diese Forderung...

Der Kriegsminister hat eine Verjüngung herabgegeben, wonach jeder Soldat möglichst einmal im Jahr Urlaub bekommen soll. Damit wurde den einzelnen Truppenkommandanten gewisse Richtlinien gegeben...

Anfrage gestellt, daß sie in allen diesen Fällen beiseite eingeweiht werde. In einer Anzahl von Fällen ist das auch tatsächlich geschehen...

Der Hauptanspruch hat den sozialdemokratischen Antrag dahin geändert, daß gesagt wurde: „dahin zu wirken, daß die Mannschaften und Unteroffiziere während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabständen Urlaub gewährt wird.“

Inbesondere wurde aber verlangt, daß nicht neben einer Disziplinarbestrafung auch noch der Urlaub für längere oder kürzere Zeit gestrichen werden darf.

Die Disziplinarstrafen sind genau festgesetzt und mit der Verhängung einer solchen Strafe muß es daher unter allen Umständen sein Verwenden haben.

Momentan ist, wie bekannt, der Urlaub im allgemeinen gesperrt. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn dringende häusliche Verhältnisse vorliegen...

Die Urlaubler haben bei Urlaub Anspruch auf freie Fahrt auf Wohnung und auf ein Verpflegungsgeld von täglich 2 Mark.

a) bei häufig wiederkehrenden Verurlaubungen wie Sonntagsurlaub und dergleichen; b) bei Verurlaubungen zum Zwecke der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben usw...

Mannschaften, die infolge im Felde zugezogener Verwundung oder Erkrankung in der Heimat in Lazarettbehandlung waren sollen, ehe sie wieder ins Feld geschickt werden...

Für die Verurlaubungen nach Elbsaß-Lothringen bestehen besondere Bestimmungen. Auch die dort wohnenden Mannschaften sollen wenigstens einmal im Jahre Urlaub bekommen.

Aus vielen Feldpostbriefen ist zu entnehmen, daß an der Front die Meinung verbreitet ist, der Soldat habe alle 6 Monate Urlaub zu beantragen oder noch jähriger Dienzeit...

„Ja, ich werde halt zusehen müssen, daß ich gustomm dem ich bin eben so arm wie die Allerärmsten, die hier sind.“ Sie schüttelte hartnäckig den Kopf.

„Das Essen an sich macht es gar nicht einmal“, sagte sie, „aber Sie werden mit dem Essen einfach nicht arbeiten können, und dann kommt es auch gar nicht so billig.“

Sie sagte das alles in einem merkwürdigen Tone, eben so ernst, daß ich verstand, daß sie mich nicht allein von dem schlechten Kost abhalten wollte.

„Entsinnen Sie sich noch an das Mißverständnis über der Genußgabe des Geldes?“ „Ja“, sagte ich, ohne noch immer zu wissen, auf was es eigentlich abzielte.

„Na also“, sagte Mistreß Zumbach, „merken Sie sich das denn es kann Ihnen noch mit andern Dingen genau so was auch schlimmer gehen.“

Um halb fünf Uhr nachmittags ging ich wieder in den Frühstücksstapel und sah ein wenig zu Abend, denn ich mußte jetzt mit zwei Nachzeiten tagsüber auskommen.

„Holen Sie etwa auch her oben?“ fragte Mistreß Zumbach, während wir die Tische hinabgingen.

„Ich habe es nicht, wenn ich an Ihrer Stelle wäre. Mit dem Essen kommen Sie nicht aus.“

